

in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind.⁴⁷ Ich hoffe, daß wir zu einer Regelung kommen werden, die allen gerecht wird.

Adenauer: Herr Barzel, mit der von Ihnen angeschnittenen Frage haben wir uns im Präsidium befaßt: Soll man in einem so großen Kreis eine Aussprache herbeiführen? Herr Kollege Dufhues schätzt die Zahl der Erscheinenden auf 1.500 bis 1.700. In einem solchen Kreis eine Aussprache herbeizuführen, die wirklich nach etwas aussieht, das erscheint mir ungemein schwierig. Deshalb hatten wir geglaubt, Ihnen vorschlagen zu sollen, daß diese Aussprache in einer in Bälde einzuberufenen Sitzung des Parteiausschusses stattfinden soll. Das würde natürlich heute nachmittag mitgeteilt werden. Aber bei 1.700 Menschen eine vernünftige Aussprache über ein so diffiziles Problem herbeizuführen, das scheint mir schlechterdings nicht möglich zu sein.

Ich darf damit die Sitzung schließen.

13

Bonn, Freitag 17. Januar 1964

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, Blank, [Burgbacher], Dufhues, Erhard, Fricke, [Grundmann], Gürk, von Hassel, Hellwig, [Katzer], Klepsch, Kraske, Lücke, Schröder, Süsterhenn.

Bericht zur Lage (Erhard). Passierscheinabkommen. Bundesparteitag in Hannover vom 14. bis 17. März 1964. Gründung des Wirtschaftsrates der CDU. Verschiedenes.

Beginn: 15.30 Uhr

Ende: 19.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen und begrüße insbesondere den Herrn Bundeskanzler Erhard, der gestern von seiner Londonreise zurückgekehrt ist, und wünsche ihm Glück zu den Erfolgen, die er da

47 Die Sendung „Panorama“ des Deutschen Fernsehens hatte sich am 23. September 1963 kritisch mit dem CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße befaßt (UiD vom 26. September 1963 S. 6, vom 3. Oktober S. 1–4 und vom 18. Oktober S. 7). Vgl. dazu „Der Heimatvertriebene, Der Flüchtling“ Nr. 18/63 vom 1. Oktober 1963 S. 2–4. – Die Delegiertenversammlung des CDU/CSU-Landesverbands Oder-Neiße verabschiedete am 13. März 1964 in Hannover eine neue Satzung (EBD. Nr. 6/64 vom 20. März 1964 S. 9); vgl. auch Nr. 14 Anm. 77.

erzielt hat.¹ (*Beifall.*) Ich würde Sie bitten, Herr Bundeskanzler, einige Worte für das Fernsehen zu sagen.

Erhard: Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, für die Zustimmung, die auch in Ihrem Blick meine Reise in London gefunden hat. Ich glaube, es war wirklich ein Erfolg, den wir erzielt haben. Ernste Gespräche haben in einer ausgezeichneten Atmosphäre und in großer Herzlichkeit stattgefunden. Wenn auch im Augenblick die britische Regierung nicht auf jede Frage eine Antwort geben kann oder antworten will aus der besonderen Situation heraus, so haben doch in allen wesentlichen Fragen keine Differenzen bestanden, obwohl auch zu dieser oder jenen Frage die Standpunkte etwas unterschiedlich gelagert waren, aber dazu werde ich dann gleich berichten können.

Adenauer: Ich denke, daß das Fernsehen mit seinen Aufnahmen nunmehr fertig ist. Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie noch einmal herzlich willkommen und bitte um Entschuldigung, daß wir eine Viertelstunde dem Fernsehen opfern mußten; aber wir tun es um der Wahl in Baden-Württemberg willen. Ich hoffe, daß die Herren von Baden-Württemberg besonders dankbar dafür sein werden. (*Gurk:* Wir sind nicht aufgenommen worden vom Fernsehen!) Wir kommen zum Punkt 1 unserer Tagesordnung, Bericht zur Lage, den der Herr Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard gibt. Darf ich Sie bitten, Herr Bundeskanzler!

BERICHT ZUR LAGE

Erhard: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist naheliegend, daß ich jetzt über London berichte, aber ich möchte gleich vorweg sagen, man kann London nicht allein betrachten, sondern muß es im Zuge der verschiedenen Besprechungen als ein Ganzes hinnehmen. Die Gespräche – das habe ich eben schon gesagt – sind in einer sehr guten Atmosphäre verlaufen; sie waren sehr intensiv und sehr dicht in der Thematik. Wir sind das ganze weite Feld durchgegangen, angefangen von dem inneren Kern bis zu den weltweiten Problemen. Ich darf hinzufügen, daß auch von britischer Seite eine durchaus positive und sehr zustimmende Erklärung vorliegt, daß das deutsch-französische Verhältnis und die deutsch-französische Aussöhnung auch für sie ein beglückendes Ereignis ist, und daß eine völlige Übereinstimmung mit unserer Auffassung besteht, daß dies eben das Grundlelement der europäischen Politik ist.

Da gab es also keine Differenzen, wenn natürlich auch immer noch ein gewisses Ressentiment spürbar ist über die Vorgänge, die sich vor einem Jahr in Brüssel ereignet haben.² Aber sonst ist davon nichts weiter übriggeblieben. Eine Rolle spielte die ganze

1 Am 15./16. Januar 1964 – vgl. AAPD 1964 S. 45–85; OSTERHELD: Außenpolitik S. 56–58.

2 Die Beitrittsverhandlungen zwischen Ministerrat der EWG und Großbritannien scheiterten am 29. Januar 1963 in der Sitzung des Ministerrats in Brüssel am Widerstand Frankreichs (AdG 1963 S. 10386–10388). De Gaulle hatte seine ablehnende Haltung schon in einer Pressekonferenz am 14. Januar 1963 zum Ausdruck gebracht (vgl. Nr. 9 Anm. 10).

Frage der europäischen Politik, angefangen von meinem Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten zu Äußerungen, die ich in der Öffentlichkeit getan habe, bis zu Äußerungen des französischen Staatspräsidenten in seiner Neujahrsansprache.³ Das hat jetzt ein vielfältiges Echo gefunden weit über Europa hinaus.

London ist natürlich auf das höchste daran interessiert, darüber etwas zu erfahren, wie wir uns den Gang der Ereignisse vorstellen. Nun habe ich mich – ich brauche nur auf meine letzte Bundestagsrede⁴ zurückzukommen – sorgfältig davor gehütet, schon jetzt in vorgeordneten Begriffen zu denken. Ich verwende also weder den Begriff Europa-Union noch nehme ich direkten Bezug auf den Fouchet-Plan I oder II und dergleichen mehr.⁵ Das alles muß man meiner Ansicht nach neu überdenken.

Diese Bewegung beurteile ich an sich sehr positiv; denn es kommt doch wieder politisches Leben in Europa zu stärkerem Bewußtsein. Das war, wie ich meine, wirklich notwendig; denn bei aller Hochachtung vor der Tätigkeit der europäischen Körperschaften – sei es die Montanunion, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft oder die EURATOM – droht doch diese Entwicklung allmählich in gefährliche Bahnen zu gehen und immer mehr ins Technokratische abzuleiten. Wie wichtig eine politische Verständigung ist, geht auch daraus hervor, daß wir in nicht allzu ferner Zeit in dem entscheidenden Gremium der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Mehrheitsbeschlüssen rechnen müssen. Dann werden die Länder vielleicht noch dramatischer als bei den letzten Brüsseler Verhandlungen verlangen, daß man sich einigen muß. Und weil nur ein einstimmiges Votum zu einer wirklichen Entscheidung führt, wird man Kompromisse zu schließen bereit sein.

Wenn aber die einzelnen Länder Mehrheitsvoten bilden – und gerade große Länder davon betroffen werden, die mehr oder weniger eine starke Eigenständigkeit besitzen –, dann können politische Spannungen auftreten, die man rechtzeitig sehen und deshalb verhindern muß. Wir werden nicht mit institutionellen Formen beginnen, aber es ist notwendig, daß wir zu einer stärkeren politischen Willensbildung in Europa gelangen. Das ist notwendig im Hinblick auf die atlantische Zusammenarbeit, aber auch im Hinblick auf die Abstimmung über die Politik in allen Fragen des Ost-West-Verhältnisses.

3 Zu Erhards Parisbesuch vom 20. bis 23. November 1963 vgl. AAPD 1963 S. 1455–1486; OSTERHELD: Außenpolitik S. 28–32. Zur Neujahrsansprache de Gaulles vgl. FAZ vom 2. Januar 1964 „De Gaulle bleibt bei der Entwicklung von Wasserstoffbomben“; „Bonner Rundschau“ vom 2. Januar 1964 „De Gaulle will auch 1964 einen eigenen Weg gehen“.

4 Bei der Haushaltsdebatte am 9. Januar 1964 (Sten. Ber. 4. WP Bd. 54 S. 4840–4849, insbes. S. 4842 f.).

5 Christian Fouchet (1911–1974), französischer Diplomat und Politiker; 1958–1962 Botschafter in Kopenhagen, 1961–1962 Vorsitzender des Sachverständigenausschusses zur Ausarbeitung der Statuten für eine politische Union (1. Fouchet-Plan 1961, 2. Fouchet-Plan 1962), 1962–1967 Erziehungsminister, 1967–1968 Innenminister.

Schon der frühere amerikanische Präsident und mit ihm auch der jetzige Außenminister Dean Rusk haben in der Paulskirche in Frankfurt ausdrücklich erklärt⁶, daß der Zustand für sie unbefriedigend sei, aber nicht deshalb, weil sie etwa Wert darauf legten, ein Koordinatensystem bilateraler Beziehungen zu Europa aufrechtzuerhalten, sondern weil sie an ein Europa dachten – wobei sie natürlich nicht irgendeine Instanz oder gar irgendeinen Mann meinten –, das sich seiner Einheit und Verantwortung auch bewußt ist. Wie das aussehen wird in seiner Gestalt, ist eine Sache für sich, und man wird heute noch nichts Endgültiges darüber sagen können. Die Fragen sind noch nicht abgeklärt und abgestimmt.

Nun stehe ich kurz vor der Romreise.⁷ Man wird auch mit den Beneluxstaaten sprechen müssen. Es war in London erkennbar, daß man sich dort dafür interessiert und möglichst bald in die Gespräche eingeschaltet werden will, um das künftige Europa nicht ohne sie, vor allen Dingen dem politischen Gehalt nach, präjudizieren zu lassen. Wir haben die Briten nicht gefragt, wie es mit dem Gemeinsamen Markt stehe. Wir haben auch keine Antwort erwartet; denn Großbritannien rührt sich im Augenblick nicht von der Stelle. Wir kriegen keine klare Antwort, weil jede Partei, die Konservative Partei wie auch die Labour Party, sich jetzt vor den Wahlen in der Öffentlichkeit oder in ganz bestimmten Wählerschichten keine Blöße geben will.

Ich habe mit dem Oberbürgermeister in London⁸ gesprochen, der sich sehr bemüht hat, das Gemeinsame herauszustellen. Ich habe dann auch kritische Fragen angesprochen, wie z. B. die NATO oder die multilaterale Atomstreitmacht. Dann habe ich gemerkt, daß sie zwar versuchten – das war reine Taktik –, ein sehr wohlwollendes Verständnis zu bekunden, ohne aber eine klare Aussage zu machen. Ich habe interessanterweise eine halbe bis dreiviertel Stunde im Unterhaus zugebracht und dort den letzten Teil einer Rede von Wilson⁹ und den ersten Teil der Rede von Lord Home gehört. Es war genauso, wie ich es mir vorgestellt habe. Auch wenn ich nicht gewußt hätte, wer Regierung oder Opposition ist, hätte ich es sofort gemerkt, aber weniger an dem, was die Herren gesagt haben, sondern mehr aus der Kenntnis ihrer Persönlichkeit, ihres Charakters und Temperaments. Wilson ist äußerst geschickt, geweckt und elegant in seinen Bewegungen, auch rhetorisch gut, aber nicht sehr glaubhaft. Man hat immer das Gefühl, er kann gegebenenfalls auch anders; während

6 Kennedy am 25. Juni und Rusk am 27. Oktober 1963 (AdG 1963 S. 10651–10656 und S. 10876 f.).

7 Vom 26. bis 29. Januar 1964 – vgl. AAPD 1964 S. 132–156; OSTERHELD: Außenpolitik S. 60 f.

8 Sir (Clement) James Harman (1894–1975), 1963–1964 Oberbürgermeister von London.

9 Harold Wilson (1916–1995), britischer Politiker; 1940–1941 Wirtschaftsattaché im Kabinett Churchill, 1945–1983 Mitglied des Unterhauses, 1945–1947 Parlamentarischer Sekretär des Ministers für Öffentliche Arbeiten, 1947–1951 Handelsminister, seit 1963 Vorsitzender der Labour-Party, 1964–1970 und 1974–1976 Premierminister. – Memoiren: Die Staatsmaschine. Erinnerungen des britischen Premiers 1964–1970. Wien 1972.

Lord Home mit seiner sehr gepflegten Sprache, wenn auch nüchtern, so aber doch eine absolute Überzeugung ausstrahlt.

Die Konservativen sind durchaus nicht bereit, schon jetzt zu resignieren, was die kommenden Wahlen angeht. Ich darf das aber nur als Episode hier einschalten. Die Briten, wenigstens was die konservative Regierung angeht, haben ziemlich unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht noch einmal ein Refüs zuziehen wollen in Fragen der Europapolitik, aber daß sie doch nach wie vor daran interessiert sind. Ich konnte ihnen sagen: Ich spreche nicht mit doppelten Zungen. Ich habe auch dem französischen Staatspräsidenten ganz deutlich meine Meinung zum Ausdruck gebracht, daß wir zwar im Augenblick die politische Situation, vor allen Dingen die innenpolitische Situation in Großbritannien respektieren, aber auf die Dauer und auf lange Sicht wird das Problem Großbritanniens wieder anstehen.

Ich glaube, daß die politische Zusammenfassung Europas auch noch aus einem weiteren Grund wichtig ist. Ich denke jetzt an meinen Aufenthalt auf der Ranch in Texas¹⁰, wo mir der amerikanische Präsident sagte: Wir werden unter Umständen einen Wahlkampf mit Überraschungen erleben. Es kann durchaus sein, daß die Republikaner – er würde es nicht tun – fragen, ob es notwendig sei, daß eine Million Soldaten auf allen Kontinenten außerhalb des eigenen Landes stehen. Und wenn das schon notwendig ist – die Zusicherung für Deutschland haben wir unter allen Umständen bekommen; übrigens auch von den Briten, die Rheinarmee bleibt unverändert und unvermindert in ihrer Stärke –, dann wollen wir doch von Europa einen stärkeren Willen sehen. Es muß zu einem Bewußtsein unserer schicksalhaften Verbundenheit kommen und dazu, daß unsere ungeheuren Opfer und Leistungen, die wir erbringen, in etwa auch honoriert werden von Europa, wobei man durchaus die deutschen Anstrengungen anerkennt.

Im ganzen aber bietet Europa aus amerikanischer Sicht ein sehr differenziertes Bild. Man möchte haben, daß sich über den Automatismen, die an die jetzigen Verträge in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und sonstwie gesetzt sind, ein stärkerer politischer Wille und eine stärkere politische Führung und Gemeinsamkeit bilden. In welchen Formen – ich habe Hemmungen, darüber jetzt schon Gedanken zu äußern. Aber ich glaube, man sollte nicht mit dem Institutionellen anfangen, sondern sollte zunächst sehen, wie man überhaupt zu Leitlinien einer gemeinsamen Politik hinfindet und wie man sie dann in der politischen Praxis auch verwirklichen kann.

Die Briten sind der Meinung, es werde im Europa der Sechs auch nicht so schnell gehen. Das glaube ich auch. Segni hat schon bei seinem Besuch in Washington¹¹ deutlich zweierlei zum Ausdruck gebracht. Er hat gesagt, er werde keine Hegemonie in

10 USA-Reise vom 27. bis 30. Dezember 1963, das Treffen auf der Ranch Lyndon B. Johnsons war am 28./29. Dezember – vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 44–47. – Lyndon Baines Johnson (1908–1973), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1961–1963 Vize- und 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 923 Anm. 13.

11 Segni war am 14. und 15. Januar 1964 bei Johnson (AdG 1964 S. 11007).

Europa dulden. Die wollen wir auch nicht haben. Vor allen Dingen erheben wir keinen Anspruch darauf. Aber Europa würde, wenn es Gestalt annehmen soll, nach italienischer Auffassung sofort die Einbeziehung Großbritanniens voraussetzen. Wir wissen, daß die Holländer in etwa die gleiche Überzeugung haben.

Nun ist die Frage: Muß sich ein politisches Gespräch unmittelbar und zwingend decken mit dem Bereich der EWG, oder könnte es nicht auch – es braucht den inneren Fortschritt der EWG gar nicht zu hemmen – eine Schwäche der EWG zur Folge haben; kann und muß also das Gespräch gegebenenfalls über Europa hinaus ausgedehnt werden? Wir betrachten Großbritannien sozusagen immer als stellvertretend für die EFTA-Länder. Sie wissen, daß sich seinerzeit nicht nur Großbritannien, sondern auch Dänemark und Norwegen angemeldet haben, aber das ist jetzt alles still und zurückgestellt. Doch wird es sicher wieder aufkommen. Darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Nun sagen die Briten: Wenn wir vor diese Entscheidung gestellt werden oder wenn wir uns zu diesem ganzen Problemkreis, sei es die wirtschaftliche oder die politische Integration, äußern sollen, dann würden wir es natürlich sehr viel lieber und mit größerer Sicherheit nach den Wahlen als vor den Wahlen besorgen können.

Eine europäische Gemeinsamkeit auch in der politischen Willensbildung scheint mir zwingend notwendig zu sein, wenn wir in die Kennedy-Runde eintreten. Wir haben durch unsere Verhandlungen in Brüssel¹² erreicht, daß mit der Verabschiedung der Agrarmarktordnung und mancher Verbesserungen, wie einer Revisionsklausel, eine Korrektur möglich erscheint, wenn in der Verwirklichung der europäischen Agrarpolitik eine Linie eingenommen werden sollte, die zu einer Störung oder gar Zerstörung der Handelsbeziehungen führen könnte.

Wir haben auch die Frage der Zolldisparität, an der Frankreich so sehr gelegen ist, mit aufgenommen. Wir haben schon in den vergangenen Jahren bei den Verhandlungen in Genf erreicht, daß die Amerikaner, die zunächst abwartend waren, sich damit einverstanden erklärt haben, das Problem aufzunehmen. Wir haben schließlich eine Plattform herausgearbeitet, daß in der Kennedy-Runde eine ziemlich klare Haltung eingenommen wird, nämlich die Annahme des amerikanischen Vorschlages, eine Senkung von 50 % als Ausgangspunkt der Diskussion anzuerkennen. Hier wäre es auch wünschenswert, weil das für die amerikanische Politik von entscheidender Bedeutung ist, auch für die Position des Präsidenten, daß sich – wenn auch die Kennedy-Runde bis zum Herbst nicht beendet sein wird – ein klarer Wille abzeichnet.

Ich sehe die Situation im Augenblick so, daß die deutsch-französische Freundschaft – Segni hat sich schon als dritter Partner bei seinen Gesprächen in Washington angeboten – von amerikanischer und von britischer Seite gleich hoch bewertet wird,

12 Der Ministerrat der EWG befaßte sich bei seiner Tagung vom 9. bis 13. und vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel mit der gemeinsamen Agrarordnung sowie mit der Formulierung einer gemeinsamen EWG-Position bei der bevorstehenden Kennedy-Runde (AdG 1963 S. 10973–10975). Vgl. auch von der GROEBEN S. 222–225.

auch wenn sie nicht mit allem einverstanden sind. Und wenn wir es fertig bringen, die europäische Politik zu einer Versöhnung zu bringen mit Großbritannien und gleichzeitig den politischen Willen des ganzen freien Europas zu verwirklichen, gleichgültig in welcher institutionellen Form und in welchem Verfahren, dann wird auch die atlantische Zusammenarbeit wesentlich gestärkt werden.

Es scheint unbedingt notwendig zu sein, daß wir bei den sehr erregenden Diskussionen um das Ost-West-Verhältnis zu wirklichen Lösungen gelangen. Wir haben von der britischen Regierung die Zusicherung bekommen, daß auf keinen Fall die deutsche Position preisgegeben werden kann und preisgegeben werden darf. Die Engländer legen wie die Amerikaner natürlich Wert auf die Möglichkeiten einer Entspannung – auf welchem Gebiet und in welchem Ausmaß auch immer –, aber sie müssen selbstverständlich mit der nötigen Wachsamkeit verbunden sein. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß die Entspannungen nicht nur mit der Erhaltung des Status quo, sondern sogar mit seiner Verbesserung in den politischen Fragen verbunden sein müßten. Wir haben auch volles Verständnis dafür gefunden.

Zu dem leidigen Problem der Passierscheine¹³ muß ich noch darauf hinweisen, daß man die Passierscheinregelung an sich begrüßt hat, aber man hat auch ganz deutlich die Gefahren gesehen, die hier schlummern können, daß nämlich sozusagen durch die Hintertür die Dreistaatentheorie zuerst keimhaft, aber dann im Zuge der weiteren Politik immer sichtbarer zur Geltung kommt. Man hat also durchaus Verständnis dafür – das ist ausdrücklich gesagt worden –, daß wir, wenn auch nicht ohne Bedenken, zugestimmt, aber gleichzeitig erklärt haben, daß das die äußerste Grenze dessen sei, was wir verantworten konnten. Sie wissen ja, daß wir bei der Fortsetzung der Gespräche nach dem 5. Januar dann auch diese Haltung der Bundesregierung deutlich zum Ausdruck gebracht haben.

Ich bitte Sie, das nicht zu zitieren, was ich sage; denn man muß hier vertraulich sprechen können. Ich habe den Brief von Herrn Ulbricht ungeöffnet zurückgeschickt.¹⁴ Ich habe ihn nicht eine Minute lang in der Hand gehabt, und dann war er schon wieder draußen; während umgekehrt beim Berliner Senat – aber ich möchte Herrn Amrehn bitten, daraus keine Staatsaktion in Berlin zu machen – der Brief von Herrn Stoph an den Herrn Regierenden Bürgermeister angeboten wurde¹⁵, und zwar

13 Am 17. Dezember 1963 wurde das „Erste Passierscheinabkommen“ unterzeichnet. West-Berlinern sollte die Möglichkeit gegeben werden, mit Passierscheinen vom 19. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 Verwandte in Ost-Berlin besuchen können. Dazu vgl. HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 92–94.

14 Walter Ulbricht (1893–1973), 1953–1971 Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–1973 Staatsratsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 244 Anm. 120. – Der Staatsrat der DDR beschloß am 15. Januar 1964 die Veröffentlichung des zurückgesandten Schreibens vom 6. Januar (AdG 1964 S. 11007 f.).

15 Willi Stoph (geb. 1914), 1931 KPD, 1946 SED, 1950–1989 Abgeordneter der Volkskammer (1950–1952 Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses), 1950–1953 Sekretär des Zentralkomitees der SED, 1952–1955 Innenminister, 1953–1989 Mitglied des Politbüros, 1954

ungeschickterweise in einer Sitzung, in der an die Ostseite ein formulierter Vorschlag darüber, wie wir uns die Beziehungen zwischen Ost- und West-Berlin gegenseitig für die Zukunft denken könnten, zurückgegeben wurde.

Der Herr Korber¹⁶ hat nicht angenommen. Herr Wendt¹⁷ hat gesagt: Ich kann es nicht nach Hause nehmen; er hat es in die Mitte des Tisches gelegt und zum Schluß gesagt: Nehmen Sie es nicht als eine feindselige Geste, ich kann das Papier nicht liegenlassen. Und dann hat er es zerrissen und einen Brief aus der Tasche gezogen an den Regierenden Bürgermeister. Und der Herr Korber hat ihn eingesteckt. Wir haben darauf gedrungen, daß der Berliner Senat oder der Regierende Bürgermeister bei der nächsten Zusammenkunft unter allen Umständen diesen Brief zurückgeben müsse, sonst wären wir nicht in der Lage, noch weiter die Version aufrechtzuerhalten, daß der Regierende Bürgermeister in vollem Einvernehmen mit der Bundesregierung handle. Hier liegt die Trennungslinie. Und dann ist es auch so geschehen. Ich möchte hinzufügen, der Brief ist dann aber nicht nur symbolisch, sondern auch tatsächlich zurückgegeben worden. Soweit also diese Dinge.

Wir brauchen nicht zu befürchten, daß von amerikanischer oder von britischer Seite irgendein Alleingang in diesen Fragen erfolgt. Man hat durchaus Verständnis für unsere politische Haltung, die zwar auf der einen Seite ein gewisses Entgegenkommen bezeugt, auf der anderen Seite aber doch unsere Position klar und unmißverständlich wahr. Ich meine, das ist die Linie, die wir aufrechterhalten müssen, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir störten sozusagen die atlantische Politik. Wie man sie auch im einzelnen beurteilen mag, wir sollten unsere Freunde und Partner hier pfleglich behandeln.

Was die europäischen Fragen anlangt, darf ich noch nachtragen, daß ich den Briten gesagt habe: Ich könnte mir vorstellen, daß sie in bezug auf die weitere politische Fortentwicklung Europas mit de Gaulle sehr viel weiter übereinstimmen, als wir das tun; denn daß de Gaulle keine nationalen Souveränitätsrechte preisgeben will, ist evident. Und das wollen die Briten auch nicht. Wir könnten uns, vor allem wenn ich an die Begründung der Romverträge zurückdenke, auch mit anderen

stv. Ministerpräsident, 1956–1960 Verteidigungsminister, 1962–1964 stv., 1964–1973 und 1976–1989 Vorsitzender des Ministerrats, 1973–1976 Staatsratsvorsitzender. – Am 4. Januar 1964 überreichte Wendt Korber einen Brief Stophs zur Weiterleitung an Brandt („Die Welt“ vom 17. Januar 1964 „Mende: Stoph-Brief ging zurück“; „Bonner Rundschau“ vom 9. Januar 1964 „Kein Treffen Brandt-Abusch“).

16 Horst Korber (1927–1981), 1945 SPD (1946–1949 SED), 1953 Assessor am Landgericht Berlin, 1957–1963 Senatsverwaltung Berlin, 1963–1967 Chef der Abteilung Grundsatzfragen in der Senatskanzlei (Unterhändler beim Passierscheinabkommen), 1967 Senatsdirektor der Verwaltung für Justiz, 1967–1971 Senator für Familie, Jugend und Sport, 1971–1975 für Justiz, 1975–1977 für Arbeit und Soziales, 1977–1979 für Bundesangelegenheiten.

17 Erich Wendt (1902–1965), 1922 KPD, 1931–1947 Aufenthalt in der UdSSR, 1947 SED, 1947–1953 Leiter des Aufbau-Verlages in Ost-Berlin, 1950–1965 Mitglied der Volkskammer, seit 1957 Staatssekretär und Erster stv. Minister für Kultur, 1963 und 1964/1965 Leiter der Verhandlungen über Passierscheinabkommen.

Lösungen einverstanden erklären; aber es hat keinen Sinn, sie sind nicht zu realisieren. Wir müssen also mindestens mit lockeren Formen der Zusammenarbeit beginnen. Das würde sicher auch das Vertrauen in Europa und die Bereitschaft, für Europa einzutreten, wesentlich stärken.

Eine echte Differenz, wenn nicht gerade ein Streit, ist aufgetreten in der Frage der Gewährung langfristiger Kredite an Sowjetrußland. Wir haben hier mit aller Deutlichkeit – und das Gespräch wurde sehr vertieft und ziemlich lange geführt – gesagt: Wir halten es für außerordentlich gefährlich, wenn Großbritannien langfristige Kredite in einer Größenordnung von 100 Millionen Pfund – das ist kein Pappenstiel – zur Verfügung stellen will, wenn auch hoch verzinst mit 6½ %. Das beleuchtet sogleich die Dringlichkeit, mit der Sowjetrußland auf diese Lieferungen angewiesen ist. Aber immerhin sollen mit staatlicher Bürgschaft bis zu 15 Jahren Kredite gegeben werden. Daran ist wohl kein Zweifel, und es spricht nicht mehr wie alles dafür. Die Amerikaner wollen uns sogar eine sorgfältige Analyse nach der Richtung vorlegen, daß sich Chruschtschow wirtschaftlich in ziemlichem Bedrängnis befindet durch alle die Aufgaben, die dort anstehen.¹⁸ Er will auf der Höhe der modernen Technik in der Ausrüstung bleiben; er will hier nicht zurückfallen. Es geht auch um die erregenden dynamischen Fortschritte in der industriellen Technik. Er will die Lücke ausfüllen, die zweifellos im russischen Wirtschaftspotential besteht; weiter auf dem chemischen Sektor, aber auch auf anderen Gebieten. Er muß zugleich auch dem Drängen der Bevölkerung nach besserer Lebensführung entsprechen. Und das alles muß geschehen nicht nur mit dem Blick nach dem Westen, sondern auch nach dem Osten, nach Rotchina hingewandt, und das ist einfach zuviel.

Ich habe gesagt – und da scheiden sich die Geister –, wenn wir mit den westlichen Ländern einen Wettlauf veranstalten, um den Russen jetzt mit langfristigen Krediten alles das zu geben, was sie brauchen, um aus der Beengung und der Bedrängung herauszukommen, werden sie nachher sehr viel weniger sprechbereit sein, wenn es sich wirklich um die Verstärkung des Friedens in der Welt handelt, als das jetzt der Fall ist. Das hat nichts mit Kaltherzigkeit zu tun, sondern es ist eine nüchterne politische Überlegung, die uns so zu handeln heißt. Ich würde es außerordentlich beklagen, wenn Großbritannien seine Haltung nicht revidieren könnte.

Die Antwort darauf war: Wir haben nicht etwa den Sowjetrussen 100 Millionen Pfund zur Verwendung übergeben, sondern wir sind nur intern dahin übereingekommen, daß wir bei Prüfung jedes einzelnen Projekts bis zu dieser Größenordnung gegebenenfalls zu gehen bereit sind. Es liegt aber kein Angebot an Sowjetrußland in dieser Form vor. Sie haben darauf hingewiesen, daß sie im Augenblick im Außenhandel mit den Ostblockstaaten viel weniger an Warenumsatz tätigen, als das bei der Bundesrepublik der Fall ist. Sie sagten: Wir möchten wissen, wie Sie es fertiggebracht haben, Ihren Handel mit der Sowjetunion überhaupt auszugleichen. Bei uns ist es so,

18 Zu den wirtschaftlichen Problemen der Sowjetunion vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 60.

daß wir mehr hinnehmen, als wir liefern können oder die anderen abzunehmen bereit sind. Wir wären schon glücklich, wenn wir einen Ausgleich erzielen könnten.

Die Auffassung der Briten, die glauben, daß der Prozeß einer Befriedigung weitergreift, wenn das russische Volk besser lebt, haben wir damit widerlegt, daß wir sagten, wir haben das schon in Deutschland erlebt. Die Briten glauben, daß in Polen echte Kommunisten – geschweige denn in der Sowjetzone – sitzen. Eine totalitäre Herrschaft kann eben mit Gewalt eine große Mehrheit absolut terrorisieren. Und von dieser Seite her soll man nicht eine Bereitschaft von Chruschtschow erwarten, da nun aufgeschlossener zu sein gegenüber unseren westlichen Vorstellungen. Ich habe gesagt: In dem Augenblick, wo der Westen – ich meine das jetzt als eine Einheit betrachtet – darauf verzichtet, das Selbstbestimmungsrecht als ein geheiligttes Prinzip immer wieder herauszustellen und als unverzichtbar zu erklären, gibt sich die westliche Welt selbst preis, und das wäre der Anfang vom Untergang.

Diese Frage wurde nicht bis zum letzten ausdiskutiert, aber sie ist deshalb so wichtig, weil wir in der Zwischenzeit gehört haben, daß auch der französische Finanzminister – allerdings ist das schon seit Monaten vorgesehen – eine Reise nach der Sowjetunion antritt.¹⁹ De Gaulle empfängt einen russischen Minister.²⁰ Man hat auch schon gehört, daß sie sagen: Wenn Großbritannien jetzt größere Lieferungen tätigt, dann wird man uns und unserer Industrie nicht zumuten können, untätig beiseitezustehen, und wir werden uns ebenfalls auch in dieser Richtung bewegen müssen. Und wenn man hinzufügt, daß auch die neutralen Staaten wie Schweden, die Schweiz usw. durchaus nicht bereit sind, Entsagung zu üben, wird auch unsere Industrie, die wir bisher noch fest im Griff haben, eines schönen Tages sagen: Wenn alle lieben, können wir allein nicht hassen. – Dann haben wir den Zustand erreicht, daß wir alle zusammen helfen, Sowjetrußland eben aus seiner Bedrängnis zu befreien.

Das war eigentlich die einzige klare Differenzierung, die zutage getreten ist. Ich glaube, daß das im wesentlichen die Fragen sind, die jedenfalls in vertiefter Weise eine Rolle gespielt haben. Ich möchte glauben, daß wir bis Ende des Jahres – das heißt bis nach den britischen Wahlen – die Probleme im engeren Kreis diskutieren sollten. Ich bin glücklich darüber, daß die europäische Welt etwas in Bewegung geraten ist und daß wir von Amerika durchaus positive und zustimmende Äußerungen in dieser Richtung haben als einen Beweis dafür, daß doch noch eine europäische Kraft und ein europäischer Wille lebendig sind.

19 Valéry Giscard d'Estaing (geb. 1926), französischer Politiker; 1962–1965 und 1969–1974 Wirtschafts- und Finanzminister, 1966–1973 Parteiführer der Unabhängigen Republikaner, 1974–1981 Staatspräsident, 1988–1996 Vorsitzender der UDF, 1989–1993 MdEP. – Giscard war vom 23. bis 29. Januar 1964 zu Handelsbesprechungen in Moskau (AdG 1964 S. 11038).

20 Am 2. März 1964 wurde Nikolai Podgorny, ZK-Sekretär der KPdSU und Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjet, der sich auf einer zehntägigen Besuchsreise durch Frankreich befand, von de Gaulle empfangen (AdG 1964 S. 11112 f.).

Ich darf hinzufügen – es ist inzwischen bekannt geworden –, daß Frankreich seine Absicht bekundet hat, Rotchina anzuerkennen.²¹ Der amerikanische Botschafter^{21a} war heute morgen bei mir, um mir eine persönliche Botschaft des Präsidenten zu überbringen. Die sind natürlich bestürzt über diese Entwicklung und stellen – meiner Ansicht nach zu Recht – die Frage, ob wir bei einer Entscheidung von solch großer weltpolitischer Bedeutung im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages konsultiert worden seien. Die Frage würde uns intern auch noch zu beschäftigen haben.

Es ist dann noch berichtet worden – die beiden Außenminister haben darüber verhandelt²² –, wie sich die Situation in Malaysia, in Indonesien, in Zypern, in Südafrika, in Sansibar und in Kenia darstellt. Kollege Schröder wird sicher bereit sein, darüber zu sprechen. Das Interessante an dem Besuch war, daß ihm von allen Seiten, ob von der Regierung oder von den Kaufleuten, zugestimmt wurde. Gestern Abend war noch ein großer Empfang der Englisch-Deutschen-Gesellschaft im Dorchester-Hotel. Daß dieser Empfang nicht in Verbrüderungsszenen ausgeartet ist, war ungefähr alles. Man sagte, seit dem Jahre 1945 sei noch kein ausländischer Staatsmann so herzlich empfangen worden, angefangen von der linken bis zur rechten Presse einschließlich der Skandalblätter.

Es gab überhaupt keine negativen Zwischentöne in der ganzen Sache. Man hat direkt gespürt, daß die etwas steifen Briten von Stunde zu Stunde – kann man fast sagen – mehr aus sich herausgegangen sind, um zu einem wirklichen Gespräch zu kommen. Man hört jetzt manchmal eine neue Version von special relation, die ursprünglich das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Großbritannien gekennzeichnet hat. Nach unserem Besuch in Texas ist es dann verifiziert und ausgeweitet worden. Es gibt jetzt auch eine special relation zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. Eine sehr angesehene englische Zeitschrift hat geschrieben, es gäbe jetzt eine neue Tripel-Entente, in der Washington, London und Bonn zusammenstünden.²³

Das ist natürlich alles Unsinn. Wir sind froh, daß wir in eine multilaterale Welt eingetreten sind. So wichtig auch zweiseitige Freundschaften sind, so wollen wir doch die Zusammenarbeit der freien Welt nicht selber zerfasern und allmählich in eine Menge bilateraler Beziehungen auflösen. Aber das ist auch nicht so ernst gemeint.

21 Die französische Regierung benachrichtigte am 15. Januar 1964 die amerikanische Regierung von ihrer Absicht, die Volksrepublik China offiziell anzuerkennen (AdG 1964 S. 11009 f.).

21a George C. McGhee (geb. 1912), 1961–1963 Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, 1963–1968 Botschafter in Bonn.

22 Gerhard Schröder und Richard. A. Butler trafen am 15./16. Januar 1964 während Erhards Besuch in London zusammen (AdG 1964 S. 11008 f.; AAPD 1964 S. 73–85).

23 Vgl. zu den englischen Kommentaren „Neue Zürcher Zeitung“ vom 15. Januar 1964 „Erhards Besuch in London. Für ein besseres deutsch-britisches Verhältnis“. – Mit Tripel-Entente wurde das britisch-französisch-russische Bündnisverhältnis bezeichnet, das 1907 entstand.

Es hat sich in den drei Besprechungen in Paris, Washington und London kein Gegensatz gezeigt, und keine Auffassung, die geäußert worden ist, steht im Widerspruch zu den Verhandlungen, die wir mit den anderen Partnern geführt haben.

Meine nächste Reise führt mich Ende dieses Monats nach Rom. Mitte Februar ist wieder eine neue Besprechung mit General de Gaulle in Paris angesetzt.²⁴ Ich glaube also, daß wirklich eine Harmonie besteht, aber nicht nur zweiseitiger Art jeweils, sondern auch durchaus im Sinne einer europäischen Bewegung, um ihr neue Impulse zu geben. Ich meine auch, daß doch einiges erreicht worden ist und daß wir auch, bei aller Sorgsamkeit, mit der man die Dinge betrachten muß, nach meiner Überzeugung einen Schritt demnächst weiterkommen werden. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler Dr. Erhard für seinen Vortrag. Ehe wir in eine Diskussion eintreten, lassen Sie mich bitte nachholen, was ich eben zurückgestellt habe, als ich dem Herrn Bundeskanzler das Wort gegeben habe, um dadurch die Herren vom Fernsehen zu veranlassen, hinauszugehen; denn da wußten sie, daß sie hier nichts mehr zu suchen hatten.

Ich möchte zunächst zwei neue Mitglieder des Bundesvorstandes herzlich willkommen heißen, nämlich Herrn Grundmann²⁵, Landesminister von Nordrhein-Westfalen, (*Beifall*) und den Vorsitzenden der Jungen Union, Herrn Dr. Klepsch²⁶, der heute auch zum ersten Male unter uns weilt. (*Beifall.*) Lassen Sie mich nun das Verzeichnis derjenigen vorlegen, die sich entschuldigt haben. Aber verlieren Sie nicht die Geduld dabei! Es haben sich also entschuldigt: Herr Bauknecht, Herr Dr. von Brentano, Frau Jochmus, Herr Bundesminister Schwarz, Herr Dr. Gradl, Frau Dr. Rehling, Herr Bundesminister Dr. Heck, Herr Dr. Schmidt, Herr Blumenfeld, Herr Bundesminister Seebohm, Herr Scheufelen, Herr Even, Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, Herr Bitter, Herr Dr. Stoltenberg, Herr Etzel, Herr Struve, Herr Dr. Strauß, Herr Bundesminister Schmücker, Herr Minister Osterloh, Herr Ernst Lemmer, Herr Ministerpräsident Dr. Meyers, Herr Ministerpräsident Lemke, Herr Ministerpräsident Altmeier, Herr Bundesminister Dr. Krone, Herr Landrat Jansen.²⁷ (*Bewegung und Unruhe.* – *Erhard:* Hoffentlich veranstalten die keine Gegenkundgebung! – *Heiterkeit.*) Das sind 26 Damen und Herren, die sich entschuldigt haben! (*Anhaltende*

24 14./15. Februar 1964 – vgl. AAPD 1964 S. 203–255; OSTERHELD: Außenpolitik S. 64–72.

25 Konrad Grundmann (geb. 1925), 1954–1986 MdL NW (CDU), 1959–1966 Minister für Arbeit und Soziales NW, 1963–1969 Vorsitzender, 1969–1980 stv. Vorsitzender der CDU Rheinland, 1980–1982 Vizepräsident des Landtags NW.

26 Dr. Egon A. Klepsch (geb. 1930), 1951 CDU, 1955–1957 Vorsitzender der JU Hessen, 1963–1969 Bundesvorsitzender der JU, 1965–1980 MdB, 1969–1989 Vorsitzender des KV Koblenz, 1973–1994 MdEP, 1977–1982 und 1984–1992 Vorsitzender der EVP-Fraktion, 1989 Präsident der Europa-Union Deutschland, 1992–1994 Präsident des EP.

27 Walter Jansen (1899–1969), 1917/1918 und 1939–1945 Kriegsteilnehmer, Mitgründer der CDU in Hessen, 1946 Landwirtschafts- und persönlicher Referent des Hessischen Ministerpräsidenten, 1946–1964 Landrat in Schlüchtern, stv. Vorsitzender des Landesverbands Hessen, 1950–1966 MdL Hessen, 1950–1966 Vizepräsident des Hessischen Landtags.

Bewegung.) Nach einer Zählung, die ich hier gemacht habe, sind wir etwas über 30, so daß also rund die Hälfte der Damen und Herren – sei es mit Grund, sei es mit einem dürftigen Grund – fehlen. Ich finde das außerordentlich bedauerlich gerade wegen der bewegten Zeiten, in denen wir leben.

Ich möchte im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers auch einige Bemerkungen dazu machen. Herr von Brentano ist, wie Sie wissen, nach einer sehr schweren Operation aus der Klinik in München entlassen worden und jetzt nach der Bühler Höhe in das Sanatorium gegangen. Wie ich höre, ist sein Befinden zufriedenstellend, wenn auch die Übersiedlung ihn etwas angestrengt hat. Ich denke, Sie werden damit einverstanden sein, daß ich ihm im Namen des Bundesvorstandes unsere herzlichen Besserungs- und Glückwünsche übermittele. (*Beifall.*)

Das Jahr 1964 ist ein Wahljahr allerersten Ranges, zwar noch nicht für uns, abgesehen von Baden-Württemberg, aber für England²⁸. Wie dort die Wahl ausgehen wird, kann man noch nicht sagen. Einstweilen haben die Labour-Leute mehr Aussicht. Aber einen Ausgang jetzt schon zu prophezeien, wäre nicht richtig. Dann haben die Vereinigten Staaten am 3. November Präsidentenwahlen. Dann kommt Frankreich, das seinen Staatspräsidenten wiederzuwählen hat.²⁹ Und im Jahre 1965 haben wir unsere Bundestagswahlen.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, schon allein aus diesen Terminen, daß ein Jahr der Unruhe vor uns liegt; denn diese Wahlen in den großen Ländern bringen natürlich Unruhen innenpolitisch, aber auch außenpolitischer Art. Höchstwahrscheinlich wird auch Italien Neuwahlen haben³⁰; wenigstens rechnet man damit, daß mit der Entwicklung im dortigen Parlament es nötig sein wird, das Parlament aufzulösen. Das ist auch der Standpunkt des Präsidenten Segni.

Meine Damen und Herren! Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit sagen, daß in den Vereinigten Staaten Herr Johnson gewählt wird. Das amerikanische Volk hat sich daran gewöhnt, den Präsidenten zum zweiten Male zu wählen. Es ist in hohem Maße wahrscheinlich, daß Herr Johnson, auch wenn er so eine Bemerkung Ihnen gegenüber gemacht hat, Herr Bundeskanzler Erhard – ich verstehe, daß er das tut –, wiedergewählt wird. (*Erhard: Er glaubt es auch!*) Die Politik Kennedys hat einige innenpolitische Fragen ungelöst gelassen, die Herrn Johnson wahrscheinlich nicht verleiten werden, sich daran zu sehr abzumühen und dadurch seine Popularität bei den schwankenden Teilen der Wählerschaft einzubüßen, so daß sich also Herr Johnson – und darauf müssen wir uns einstellen – zum großen Teil der Frage der Entspannung zuwenden wird, die auch Kennedy angestrebt hat; es sei denn, daß ihm die Verhältnisse

28 Vgl. Nr. 9 Anm. 27.

29 De Gaulle wurde am 19. Dezember 1965 im zweiten Wahlgang wiedergewählt (AdG 1965 S. 12213–12215 und S. 12238).

30 Am 26. Juli 1964 trat in Italien die Regierung Moro zurück. Aldo Moro wurde von Präsident Antonio Segni mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Am 22. Juli 1964 übernahm er erneut das Amt des Ministerpräsidenten mit einem kaum veränderten Kabinett (AdG 1964 S. 11306 und S. 11336).

in Kuba oder in Panama Schwierigkeiten machen.³¹ Ich nenne die beiden Namen Kuba und Panama, damit Sie sehen, daß auch so nahe am nordamerikanischen Kontinent große Unruhe herrscht. Der Ausgang der Präsidentenwahl in Frankreich wird, wie ich glaube, totensicher zugunsten von de Gaulle sein.

Nun möchte ich einige Worte sagen über die politische Lage in der Sowjetunion. Unsere Zeitungen, die wirklich keine sehr guten Berichte über die Verhältnisse im Ausland geben, haben es eine Zeitlang im vorigen Jahr so dargestellt, als ob Chruschtschow nicht mehr fest stünde. Chruschtschow steht augenscheinlich so fest wie je zuvor. Was er vor zehn Jahren über die Agrarstruktur und was er jetzt darüber geredet hat, steht zwar in einem so himmelschreienden Gegensatz, daß das in jedem anderen Lande, das auch nur halbwegs demokratisch ist, genügen würde, um den Mann unmöglich zu machen; aber in Rußland macht es ihn offenbar nicht unmöglich. Aber von der deutschen Presse hat in der vorigen Woche – soweit ich das sehe – nur die „Kölnische Rundschau“ einen Bericht darüber gebracht, daß Herr Guy Mollet in Bonn in der Gesellschaft für ausländische Politik einen Vortrag gehalten hat über den Besuch, den er mit einigen anderen französischen Sozialisten Ende Oktober des vergangenen Jahres in Moskau gemacht hat.³² Was Guy Mollet da berichtet hat, ist nach meiner Meinung so wichtig für unsere Betrachtung der außenpolitischen Lage, daß es mir unverständlich ist, daß die großen deutschen Zeitungen nichts darüber gebracht haben. Nur die „Kölnische Rundschau“ hat einen ziemlich ausführlichen Bericht darüber geschrieben.

Ich habe darüber einen Bericht von zwei Herren bekommen, die in der Versammlung anwesend waren. Herr Guy Mollet hat zunächst sehr nachdrücklich erklärt, gleichgültig wie immer eine französische Regierung zusammengesetzt sei, sie stehe auf dem Boden des deutsch-französischen Vertrages. Dann hat er über Moskau gesprochen und erklärt, daß die Besprechungen mit Chruschtschow über die gesamten Probleme, die Sowjetrußland und Frankreich interessierten, insgesamt 13 Stunden gedauert hätten; drei Stunden seien den deutschen Fragen gewidmet gewesen. Er hat den Franzosen gesagt, über Berlin und über die Zone sei überhaupt nicht zu sprechen; das sei und bleibe erledigt. Dann hat er im wesentlichen ausgeführt, in Deutschland werde die Zahl derjenigen, die den Sozialismus als die siegende Macht ansähen, im Laufe der Zeit immer mehr wachsen. Es komme hinzu, daß die Deutschen ein ganz ausgeprägtes Gefühl dafür hätten, wo viel Geld zu verdienen sei. Und zweifellos sei beim Aufbau Sowjetrußlands viel Geld zu verdienen. Er nehme an, daß im Laufe der Zeit auch die Bundesrepublik sich Sowjetrußland anschließen werde in der Politik. Er hat dann den Franzosen, die natürlich über diese Ausführungen etwas verdutzt

31 In der Panama-Kanalzone kam es vom 9. bis 11. Januar 1964 zu anti-amerikanischen Ausschreitungen. Am 10. Januar brach Panama die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab, die im April 1964 wieder aufgenommen wurden (AdG 1964 S. 11149 f.). – Fidel Castro besuchte vom 13. bis 23. Januar 1964 die UdSSR (AdG 1964 S. 11026).

32 Vgl. „Kölnische Rundschau“ vom 15. Januar 1964 „M. Guy Mollet in Godesberg“.

waren, gesagt: Meine Herren! Wenn Ihnen das nicht gefällt, dann müssen Sie Ihre frühere Politik wieder aufnehmen, nämlich den Abschluß eines Vertrages zwischen Frankreich und Rußland gegen Deutschland.

Das war, was die deutschen Fragen angeht, die Quintessenz dessen, was Chruschtschow dem Herrn Guy Mollet gesagt hat. Ich habe gehört, es ist auch in Paris von Guy Mollet ein Vortrag gehalten worden über diese Vorstellung von Sowjetrußland.

Nun bin ich dem Herrn Bundeskanzler besonders dankbar dafür, daß er in London eine Frage angeschnitten hat, der ich noch kurz vor meinem Rücktritt auch meine besondere Aufmerksamkeit gewidmet habe und die von entscheidender Bedeutung ist für die zukünftige außenpolitische Situation in Europa und für alle freien Völker. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Agrarstruktur Sowjetrußlands total verfehlt ist. Sie wissen, daß vor einigen Jahren 20 Millionen Quadratkilometer Steppe umgepflügt worden sind. Schon damals haben unsere Sachverständigen gesagt, in wenigen Jahren werde dieser Boden, weil die Humusschicht zu dünn sei, durch die Winterstürme wieder verweht sein. Das hat sich als richtig erwiesen. Nach der dortigen Statistik, welche nur die Kolchosen erfaßt, ist die Ernte nach zwei Jahren katastrophal zurückgegangen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Sowjetrußland ohne eine umfangreiche chemische Industrie, die den nötigen künstlichen Dünger liefert, und ohne ein Kanalbewässerungssystem des Bodens sowie ohne die entsprechenden landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte und ohne die erforderlichen Menschen nicht in der Lage ist, diese weiten Gebiete fruchtbar zu bearbeiten. Wenn ihm das nicht gelingt, dann steht Sowjetrußland vor der Situation, daß es Jahr für Jahr von irgendwoher die nötigen Nahrungsmittel kaufen muß, um seine Bevölkerung am Leben zu erhalten. Das ist natürlich für ein diktatorisch regiertes Land ein katastrophaler Zustand.

Und was tut nun der Westen? Sie haben eben von dem Herrn Kollegen Erhard gehört, was England tut. England ist nämlich führend in dieser ganzen Sache. In der NATO ist im Jahre 1956 eine Kommission eingesetzt worden, die den schönen Namen „die drei Weisen“ bekommen hat. Nach dem NATO-Vertrag sollte die NATO auch wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen können, wenn es zur Verfolgung ihrer Ziele notwendig ist. Die drei Weisen waren die Herren Lange³³ aus Norwegen, Pearson³⁴ aus Kanada und jemand aus Italien³⁵. Diese drei Herren haben noch im Jahre 1956 das Gutachten erstattet, wonach die NATO bestimmte Rechte im Export hat.³⁶ Diesem

33 Halvard Lange (1902–1970), norwegischer Politiker (Norwegische Arbeiterpartei); 1946–1965 mit Unterbrechung (August/September 1963) Außenminister.

34 Lester Pearson (1897–1972), kanadischer Politiker (Liberale); 1945 Botschafter in Washington, 1948–1957 Außenminister, 1958–1968 Führer der Liberalen Partei, 1963–1968 Premierminister.

35 Gaetano Martino (1900–1967), italienischer Politiker (Liberale); 1954–1957 Außenminister, 1962–1964 Präsident des Europäischen Parlaments.

36 Der Bericht der „Drei Weisen“ zur Zusammenarbeit der NATO-Staaten auf nichtmilitärischem Gebiet wurde am 14. Dezember 1956 veröffentlicht (AdG 1956 S. 6149–6153, hier S. 6151 f.).

Gutachten sind damals alle NATO-Regierungen beigetreten. Nun ergibt sich aber, nachdem diese Sache aussichtsreich für den Westen geworden ist, daß England sagt: Ihr könnt beschließen, was ihr wollt. Wir liefern doch, was wir wollen. – Das muß man klar sagen. Wir haben eben aus dem Vortrag von Herrn Bundeskanzler Erhard gehört, daß die Engländer sogar bis zu 15 Jahren kreditieren wollen. Man stelle sich einmal vor, was das bedeutet, bis zu 15 Jahren kreditieren!

Diese ganze Frage ist zuerst zur Sprache gekommen in einer Sitzung des NATO-Rates nach meiner Erinnerung Anfang November des vergangenen Jahres.³⁷ Ich habe bei meinem Abschiedsbesuch in Rambouillet mit dem französischen Staatspräsidenten über diese Frage und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten, nämlich mit Sowjetrußland ohne Blutvergießen in Ordnung zu kommen, sehr eingehend gesprochen, und zwar zunächst mit ihm allein.³⁸ Er hat dann aber darum gebeten, daß nochmals eine Besprechung am anderen Tage in Gegenwart des Finanzministers³⁹ – der jetzt nach Moskau reist – stattfinden möge. Sie haben mir zugestimmt, daß das eine große Gelegenheit sei. Es haben dann bei der Besprechung im NATO-Rat Amerika und Frankreich zugestimmt, keine Kredite zu geben.

Deutschland hat aber merkwürdigerweise – ich möchte die Aufmerksamkeit unseres Außenministers speziell darauf lenken – nach dem Bericht, der damals von Herrn Grewe erstattet worden ist, überhaupt keine Stellung genommen. (*Schröder*: Das ist völlig falsch! Wir sind es im Gegenteil gewesen, die das Thema auf die Tagesordnung gebracht haben!) Bitte lesen Sie den Bericht durch! Er hat erklärt, er habe keine Stellung genommen in dem Bericht. (*Schröder*: Das ist eine ganz falsche Darstellung! Herr Carstens⁴⁰ hat es Ihnen bereits gesagt!) Es hat keinen Zweck, daß Sie sagen: Das ist eine falsche Darstellung! – Lesen Sie den Bericht! (*Schröder*: Herr Carstens hat Sie bereits aufgeklärt. Die Sache ist falsch dargestellt! Mehr sage ich nicht!)

Die nordischen Staaten haben sich England angeschlossen. Die anderen Staaten haben sich mehr oder weniger herausgehalten. Und dann ist – was ich außerordentlich beklage und worüber unsere ganze Presse kein Wort verloren hat – diese NATO-Rats-tagung in einer solchen Weise im Dezember verlaufen.⁴¹ Man hat nämlich nicht mehr gewagt, diese Frage anzuschneiden. Es waren drei Tage für die NATO-Rats-tagung vorgesehen, aber nach eineinhalb Tagen ist man wieder auseinandergegangen mit

37 Vom 4. bis 8. November 1963 fand in Paris die NATO-Parlamentarierkonferenz statt (AdG 1963 S. 10919 f.).

38 Besuch in Rambouillet am 21. und 22. September 1963 – vgl. AAPD 1963 S. 1185–1209; OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 258–261; KUSTERER S. 356–377.

39 Vgl. Anm. 19.

40 Dr. Karl Carstens (1914–1992), Professor für Staats- und Völkerrecht; 1954–1966 im Auswärtigen Dienst (1960–1966 Staatssekretär des AA). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 951 Anm. 20. – Erinnerungen und Erfahrungen. Hg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel (Schriften des Bundesarchivs 44). Boppard 1993. – Vgl. AAPD 1963 S. 1480.

41 Am 16./17. Dezember 1963 fand in Paris die jährliche Ministerratstagung der NATO statt (AdG 1963 S. 10971 f.).

einem Kommuniqué, in dem sehr wenig stand, weil man sich nicht traute, die wirklich ernste Frage überhaupt anzuschneiden. Das ist die Situation, die natürlich auch unsere ganze Politik außerordentlich stark beeinflussen wird und beeinflussen muß.

Die Berlin-Frage hat der Herr Bundeskanzler eben angeschnitten. Ich brauche dem nichts hinzuzusetzen, sondern möchte nur noch folgendes sagen: Für uns ist die Berlin-Frage um so kritischer, weil unsere Koalitionspartei es in sich hat, eine ganz andere Berlin-Politik zu vertreten, als wir sie vertreten, so daß es der Herr Bundeskanzler außerordentlich schwer haben wird, die Koalition geschlossen auf den richtigen Weg zu führen. Ich nehme an, daß Herr Amrehn über die Berlin-Frage auch sprechen wird. Er hat es angekündigt, und es ist gut, wenn er darüber spricht.

Die Frage mit Berlin ist auch insofern kritisch, als Herr Brandt jetzt Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei wird⁴² und damit einen erhöhten politischen Einfluß bekommt und einen noch stärkeren politischen Nimbus, so daß Herr Brandt mit seiner Eigenwilligkeit uns sehr große Schwierigkeiten machen wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen, obgleich das in keinem Zusammenhang damit steht, aber doch hier vertraulich etwas sagen zur Wahl des Bundespräsidenten. Sie wissen, daß der Bundespräsident durch die Bundesversammlung gewählt wird, und zwar Ende Juni, Anfang Juli dieses Jahres.⁴³ Die Sozialdemokraten haben in ihrer Presse gesagt, es dürfe nicht mehr so werden wie vor fünf Jahren. Das sei unwürdig, sondern sie wünschten, daß in einem ordentlichen Verhandlungsweg ein gutes Resultat erzielt werde. Ich habe, nachdem mich Herr Barzel für die Fraktion darum gebeten hatte, namens der Partei mit dem Bundespräsidenten Lübke gesprochen, ob er bereit sei, eine Wiederwahl anzunehmen. Er hat mir gesagt, wenn die Mehrheit entsprechend sei, werde er das tun. Seit der Zeit sind zwei, drei Wochen vergangen.

Ich hatte den Auftrag, dafür zu sorgen, daß mit den Freien Demokraten und mit den Sozialdemokraten gesprochen werden sollte. Aber während der ganzen vorigen Woche waren sowohl die Freien Demokraten wie die Sozialdemokraten in Berlin⁴⁴, und man konnte mit niemandem sprechen. Es werden aber in der nächsten Woche die Besprechungen sowohl mit den Freien Demokraten wie danach mit den Sozialdemokraten stattfinden. Daß wir zuerst mit den Freien Demokraten sprechen werden, versteht sich wohl von selbst, denn es sind unsere Koalitionspartner. Ich nehme an, daß die Sache einen guten Ausgang nehmen und die Wiederwahl des Bundespräsidenten Dr. Lübke mit einer großen Mehrheit erfolgen wird, so daß wir uns keine großen Sorgen zu machen brauchen, daß die Wahl des Bundespräsidenten einen innenpolitischen Streit hervorrufen wird.

42 Brandt wurde am 16. Februar 1964 zum Vorsitzenden der SPD gewählt. – Vgl. Vorstand der SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 15. bis 16. Februar 1964. Bonn 1964 S. 40 f.

43 Lübke wurde am 1. Juli 1964 in Berlin wiedergewählt. Vgl. MORSEY: Lübke S. 403–408.

44 Sitzungen der Bundestagsfraktionen der SPD (Druck in SPD-Fraktion S. 392–396) und der FDP am 14. Januar 1964 in Berlin (SCHOLLWER S. 182; FDP-Bundesvorstand S. 571 f.).

Die anderen innenpolitischen Fragen wird, wie ich annehme, der stellvertretende Vorsitzende unserer Fraktion oder der Herr Bundeskanzler zur Sprache bringen. Diese Fragen sind auch nicht sehr schön. (*Erhard*: Nein, alles andere!) Nun, die Freien Demokraten sind – ich will nicht zuviel sagen – geradezu in einer Verfassung, wie man es von einer Koalitionsfraktion nicht für möglich gehalten hätte. (*Erhard*: Die CDU ist aber auch nicht viel besser!) Nun, das geht wohl nicht. Ich sage nicht, daß die CDU vollkommen ist, aber so wie die Freien Demokraten ist sie nicht. Das können wir doch ruhig feststellen. Ich bin fest davon überzeugt, wenn Sie die CDU richtig zusammennehmen, werden Sie schon weiter mit der CDU kommen. (*Erhard*: Ich habe heute früh eine Aussprache mit Herrn Barzel gehabt!)

PASSIERSCHEINABKOMMEN

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ganz sicher ist die Passierscheinaktion in Berlin eines der bewegendsten politischen Ereignisse der ganzen Nachkriegszeit gewesen. Es war ein Ereignis, das jeden Berliner angepackt und bewegt hat. Es ist ohne Zweifel wahr, daß eine tiefe innere Bewegung in die Menschen deshalb kam, weil Hunderttausende nach Ost-Berlin gegangen sind und nach Jahren ihre Verwandten wiedergesehen haben. Das ist Ihnen aber alles aus Bild- und Wortberichterstattungen bekannt. Das brauche ich also nicht näher und weiter zu vertiefen.

Ich möchte Ihnen heute sagen, welche Stellung wir in Berlin bezogen haben in der CDU und warum wir sie bezogen haben. Dazu möchte ich zwei Vorbemerkungen machen. Die eine bezieht sich auf die Frage, ob die Berliner es nicht mehr ausgehalten hätten, die Trennung durch die Mauer noch weiter hinzunehmen, ohne ihre Verwandten auf der anderen Seite treffen zu können. Dazu kann ich nur sagen, daß nach unserer gemeinsamen Überzeugung in Berlin über alle Parteien hinweg die Berliner es auch noch länger ausgehalten hätten, wenn man ihnen die entsprechenden Gründe dafür geliefert hätte, warum eine Vereinbarung politisch noch nicht möglich gewesen wäre. Es hat keinen inneren Druck von West-Berlin aus auf den Senat gegeben.

Die zweite Frage, die ich vorwegschicken möchte, ist die, ob die Berliner CDU gezwungen war, überhaupt ein deutliches Nein auszusprechen. Nun habe ich vom ersten Tag der Entwicklung an, nachdem der Abusch-Brief⁴⁵ bei Brandt einging, gesagt, einen solchen Brief schickt man zurück; man bearbeitet ihn nicht. Aber es ist von da an anders gelaufen, und die CDU hat zehn Tage lang, vom 6. bis 17. Dezember,

45 Alexander Abusch (1902–1982), 1949–1950 Mitglied der Provisorischen Volkskammer der DDR, 1954–1958 stv. Minister und Staatssekretär im Ministerium für Kultur, 1958–1961 Minister für Kultur, 1961–1971 stv. Vorsitzender des Ministerrates für Kultur und Erziehung. – Abusch hatte in einem Brief an Brandt vom 5. Dezember 1963 ein Angebot zur befristeten Ausgabe von Passierscheinen gemacht (SPD-Fraktion S. 381; SCHOLLWER: S. 176; vgl. auch HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 92–96; MENDE: Wende S. 118–128).

vertreten durch mich, durch meine Beteiligung an den Senatssitzungen ein Nein zum Ausdruck gebracht, das ich im einzelnen noch darlegen werde.

Wir hätten es aber nicht dazu kommen lassen, auch im Parlament ein solches Nein durch Abstimmung kundzutun, wenn nicht Herr Brandt den Versuch gemacht hätte, uns unter sein Joch zu zwingen. Er hat nämlich gegen seine ursprüngliche Absicht dem Abgeordnetenhaus seine Vorlage gemacht, mit der das Haus dem Gang der Ereignisse mit allen seinen Modalitäten seine ausdrückliche Zustimmung geben sollte. Er wußte, daß die SPD und die FDP ihn unterstützen würden. Er wußte, daß die Bundesregierung in dieser Sache ihm das Ja gegeben hatte. Er hätte es infolgedessen mit einer Aussprache bewenden lassen können. Er hat aber die Vorlage gemacht und uns so zu einer Stellungnahme gezwungen, in dieser Frage nun ein deutliches Nein zu sagen, obwohl wir gesehen haben, daß dieses Nein sich nicht nur gegen Herrn Brandt, sondern auch gegen die Stellen richtete, die ihre Zustimmung in der Sache gegeben hatten.

Ich möchte nun kurz zusammengefaßt sagen, warum wir mit dieser Entwicklung nicht einverstanden gewesen sind und auch für die Zukunft, auf die es ankommt, nicht sein können. In die Berliner Position, die wir 15 Jahre lang gehalten haben, hat die Passierscheinaktion mit der zugrunde liegenden Vereinbarung mehrere Breschen geschlagen. Wir haben zum erstenmal erlebt, daß es in West-Berlin eine Beschränkung der Meinungsäußerung gegeben hat. Wir haben drei Wochen lang nicht mehr frei sagen können, was wir in der Sache dachten. Zeitungen und Politiker haben sich zurückgehalten, weil die ganze Aktion damit bedroht war, daß Herr Abusch in einem wörtlich wiedergegebenen Interview⁴⁶ sagte: Wann, wie oft und wie lange jemand von West-Berlin nach Ost-Berlin gehen kann, hängt davon ab, welche politische Atmosphäre in West-Berlin herrscht.

Wir standen also unter dem Druck, Ruhe geben zu müssen bis zum Ende der Passierscheinaktion, um zu verhüten, daß in den späteren Tagen die Aktion noch mehr erschwert oder gar unterbrochen würde. Es gab ein einziges Mal eine Unterbrechung dieser Haltung, als ausgerechnet am ersten Weihnachtsfeiertag ein Mann von der Mauer heruntergeschossen wurde und auf die Westberliner Seite fiel.⁴⁷ Da haben die Zeitungen auch Kommentare geschrieben, ob das alles miteinander zu vereinbaren sei. Aber es ist auch wahr, daß der Berliner Senat, der sich bei diesen Ereignissen eine ungewöhnlich starke Zurückhaltung auferlegt hatte, doch mit drei oder vier Zeilen von einem Mord gesprochen hat. Wir haben einen solchen Fall wie am ersten Weihnachtsfeiertag in zweieinhalb Jahren nur noch ein einziges Mal vor einem Jahr

46 Das Interview von Abusch wurde am 29. Dezember 1963 in der Moskauer „Prawda“ veröffentlicht. Auszüge in AdG 1963 S. 10977 f.

47 Am 25. Dezember 1963 wurde der achtzehnjährige Paul Schultz bei der Flucht nach West-Berlin von Grenzpolizisten der DDR erschossen („Bonner Rundschau“ vom 27. Dezember 1963 „Mord an Berliner Mauer trübt das Wiedersehen“; „Die Welt“ vom 27. Dezember 1963 „Mord an der Mauer überschattet das Wiedersehen der Berliner“).

gehabt. Fechter⁴⁸ ist ein anderer Fall. Bei diesem anderen Fall gab es eine Trauerfeier in Berlin. In diesem Fall hat ein Bürgermeister, Herr Albertz⁴⁹, eine Ansprache gehalten. Aber alles das ist diesmal nicht gemacht worden aus bewußter Zurückhaltung unter der Drohung des Ostens.

Der zweite Punkt! Wir haben zum erstenmal Ostberliner Funktionäre in West-Berlin gehabt, die dort Amtstätigkeiten ausgeübt haben. Sie sind eingekleidet gewesen als Postbeamte. Sicher ist ein großer Teil sogar aus dem Körper der Postanstalten des Ostens aufgenommen worden. Die Oberposträte waren aber bestimmt zu einem Teil Angestellte oder Angehörige der Volkspolizei und ähnlicher Organe. In einem Falle war es ein Oberstleutnant der Volkspolizei. 256 dieser Funktionäre sind nach West-Berlin gekommen. Daß kein einziger von ihnen den Versuch gemacht hat, bei uns zu bleiben, macht auch deutlich, auf welche Weise diese Leute ausgesucht waren.

Damit ist etwas geschehen, was im Grunde genommen auch den Prinzipien von Herrn Brandt ins Gesicht schlägt. Er hat nämlich in seiner Verteidigung der Theorie des Dreimächtestatus immer gesagt: Wir müssen verhindern, daß es einen Viermächtestatus allein für West-Berlin gibt. Er hat also zugelassen, daß die vierte wenigstens durch ihre Agenten nach West-Berlin hineingewirkt hat mit der Peinlichkeit, daß der Staatssekretär Wendt nach West-Berlin kommt und dort unter westlichem Polizeischutz diese Dienststellen besichtigt.

Wie das Hausrecht dort ausgesehen hat, das man vereinbarte, will ich nicht erörtern, sondern nur sagen, daß die Bürgermeister oder Bürger ihre eigene Turnhalle nicht besuchen konnten, sondern nur dann, wenn sie als Antragsteller kamen, um einen Passierschein zu bekommen. Wir haben uns auch im Abgeordnetenhaus mit dem Senat auf den Standpunkt gestellt, daß keine Hoheitsrechte dort ausgeübt worden sind vom Osten, um die Sache auch von uns aus so klein wie möglich zu halten. Aber wenn wir ehrlich voreinander sein wollen, müssen wir sagen, daß hier ostzonale Funktionäre Westberliner Personalausweise geprüft, die Anträge entgegengenommen und die Identität von Anträgen mit Ausweis und Person geprüft und nachher eine gestempelte Genehmigung ausgehändigt haben. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, sie hätten da keine Amtsbefugnis wahrgenommen.

Das dritte! Wir haben uns dazu bringen lassen, auf unserem Boden Anträge zu unterschreiben, die, wie Sie wissen, unterschrieben waren: „Antrag auf Genehmigung eines Besuchs in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik“. Ich erinnere mich noch, wie an dem Tag der Verkündung der Vereinbarung in unserem

48 Der Ostberliner Peter Fechter wurde am 17. August 1962 beim Versuch, über die Mauer nach West-Berlin zu fliehen, erschossen (AdG 1962 S. 11043 f.).

49 Heinrich Albertz (1915–1993), evangelischer Pfarrer; 1947–1955 MdL Niedersachsen (SPD), 1948–1955 Minister für Flüchtlingsangelegenheiten bzw. für Soziales, 1955–1959 Senatsdirektor beim Senator für Volksbildung in Berlin, 1959–1961 Senatsdirektor und Chef der Sensatskanzlei, 1961–1963 Senator für Inneres, 1963–1966 Bürgermeister und Senator für Polizei, Sicherheit und Ordnung, 1966–1967 Regierender Bürgermeister von Berlin. – Jacques SCHUSTER: Heinrich Albertz – der Mann, der mehrere Leben lebte. Berlin 1997.

Ältestenrat in Berlin den Sozialdemokraten die Kinnladen heruntergefallen sind, als sie das gehört und die Unterschriften vorgelesen bekommen haben, die auf dem Protokoll standen.

Soweit ich im Bilde bin, hat in der Bundesregierung kaum jemand die Formulare gekannt, die man immerhin miteinander vereinbart hat, und ich kann nur sagen, daß auch der Vertreter der CDU – und das war in diesem Falle ein anderer als ich –, als ihm die Formulare vorenthalten worden sind mit dem Bemerken, na, die technischen Sachen wollen Sie doch sicher gar nicht sehen, gutgläubig genug war, zu meinen, es sei reine Technik.

Es hat Berliner gegeben, die ihre Eltern in Ost-Berlin haben, die aber glaubten, daß sie diesen Antrag, so wie er formuliert war, dennoch nicht unterschreiben könnten, und auch nicht hinübergegangen sind, und zwar waren es Sozialdemokraten, die so gehandelt haben. Ich halte diesen Standpunkt nicht für richtig, denn wenn 800.000 Berliner das Formular unterschreiben, kommt es auf die eine oder andere Unterschrift mehr oder weniger in der Sache nicht an. Aber die Berliner haben sich zu einem großen Teil Gewissensbisse dabei gemacht; denn es ist etwas gewesen, was bisher nicht möglich war, was auch gar nicht gedacht werden konnte.

Nun kommt hinzu, daß das Protokoll unterschrieben wurde zwischen der DDR und West-Berlin und damit eine Ebene betreten worden ist, die Herr Brandt noch vor drei Jahren im Abgeordnetenhaus mit unserer allgemeinen Zustimmung ausdrücklich abgelehnt hat.

Nun kann man heute hundertmal sagen, wie es Herr Brandt tut, es ist die alte Politik; es soll gar nichts Neues geschehen. Er hat es gestern wieder im gesamtdeutschen Ausschuß gesagt. Es ist angesichts der Tatsachen, die wir erlebt haben, eben doch eine neue Politik. Es ist eine Verkehrung dessen, was wir bisher für richtig gehalten haben. Ich kann nur sagen, die Gefahren, die darin stecken, sind unübersehbar. Erstens sind wir heruntergerutscht von der Ebene Leopold⁵⁰. Das gilt nicht nur für Berlin. Wenn eine solche Vereinbarung eben noch diesseits der äußersten Grenze liegt, warum denn nicht weitere Vereinbarungen solcher Art?

Und das ist auch heute die Frage, die im Bundesvorstand erörtert werden muß. Ist es richtig zu sagen, daß es die äußerste Grenze dessen ist, was noch verantwortet werden kann, oder liegt es doch jenseits der Grenze? Ich bin der Meinung – und das gilt für die ganze Berliner CDU –, daß es erheblich jenseits der Grenze liegt und hier eine Wiederholung solcher Art nicht mehr stattfinden darf.

Es geht um folgendes: Entweder nimmt der Senat das Verfahren für weitere Dinge an, wie es bisher gehandhabt wurde, daß nämlich Ostfunktionäre in Berlin Dienst tun, oder aber, wozu er bereit ist, daß künftig unsere Beamten die zonalen Formulare

50 Kurt Leopold (1900–1973), 1953–1964 Leiter der Treuhandstelle für Interzonenhandel.

aushändigen und Amtsfunktionen für den Osten bei uns im Westen vollziehen. Das kann man aber überhaupt auch hinterher nicht vollziehen.

Daß der Senat zugestimmt hat, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, nach der die Westberliner viel schlechter behandelt werden als die Westdeutschen, das ist schon schlecht genug. Die Westdeutschen stellen keinen Antrag. Wir müssen Anträge stellen. Die Westdeutschen unterschreiben nicht einen Antrag mit „DDR“. Wir müssen das tun. Wir müssen angeben, wen wir besuchen. Das brauchen die Westdeutschen nicht.

Der Osten besitzt jetzt eine wunderbare Liste aller Verwandtschaftsbeziehungen, die es nach West-Berlin gibt. Ich sage, wenn alle anderen Gründe dafür gesprochen hätten, dieser eine einer vereinbarten Diskriminierung mußte unmöglich sein. Wir hätten uns gegen eine einseitige Aktion des Ostens, die uns schlechter gestellt hätte, nicht wehren können, aber daß man seine Unterschrift leistet, wenn man diskriminiert wird im Verhältnis zu den anderen Bewohnern der Bundesrepublik, das geht mir nicht ein und spricht gegen das Selbstbewußtsein, von dem der Berliner Senat immer behauptet, daß damit an die Sache herangegangen werden müsse.

Und nun erlauben Sie mir noch ein Wort zur Methode. Ich habe etwas gesagt mit Bezug auf die Handhabung der Technik, wie man unterrichtet oder nicht unterrichtet hat. Daß also niemand eigentlich wußte, was für Formulare ausgegeben wurden, die die Berliner am ersten Tage als Täuschung, als Irrtum oder als falsch angesehen haben. Mir ist ein Fall bekannt, der noch viel gravierender ist. In der Nacht vom 16. zum 17. Dezember hat nach den Mitteilungen von Herrn Brandt im Abgeordnetenhaus die Verständigung über die Fassung der Übereinkunft um 24 Uhr stattgefunden. Um diese Zeit hat weder der Senat, in dem ich saß, noch die Bundesregierung überhaupt Kenntnis gehabt von der endgültigen Fassung, über die man sich um 24 Uhr verständigt hat. Ich bin so weit in meinen Nachprüfungen gegangen, daß Herr Krone oder vor ihm noch Herr Westrick⁵¹ etwa gegen 1.30 Uhr zum erstenmal Kenntnis von der Unterschriftsform bekommen hat.

Der Senat, der permanent im Rathaus saß, hat davon um 2.30 Uhr – zweieinhalb Stunden nach der Verständigung – zum erstenmal Kenntnis erlangt. Ich möchte also feststellen, daß Herr Brandt seinen Beauftragten über eine endgültige Fassung hat verhandeln und eine Vereinbarung zur Unterzeichnung am nächsten Tag hat schließen lassen, ohne daß der Senat oder die Bundesregierung überhaupt vorher konsultiert worden waren.

Was mich noch viel bedenklicher stimmt als alle Modalitäten ist die Tatsache, daß in einer so hochpolitischen Sache, die ihre Wirkungen für die Bundesrepublik hat, der Ministerpräsident eines Landes im Grunde seinen eigenen Senat und schließlich auch die Bundesregierung vor die vollendete Tatsache stellt und sie fragen kann:

51 Dr. Ludger Westrick (1894–1990), Jurist und Exportkaufmann; 1951–1963 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, 1964–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes.

Ja oder Nein? Friß oder stirb! So ähnlich hat er es doch hier gemacht. Und dieser Vorgang muß doch jedes Mißtrauen wachrufen.

Ich erzähle Ihnen das deshalb, weil die Besprechungen weitergehen. Heute haben sich Wendt und Korber wieder getroffen. Man muß nun die Richtung erkennen. Ich glaube, daß damit doch die Aufgabe des Bundesvorstandes festgelegt ist, wohin es nun gehen soll, ob man so etwas wiederholen soll, oder ob nicht doch der Versuch gemacht werden muß, diese Angelegenheit von der ganzen Ebene wieder herunterzuholen und – wenn es überhaupt noch denkbar ist – es zurückzubringen zu Herrn Leopold oder zu dem Kontaktbeauftragten der Stadt. Den gibt es doch. Aber das ist völlig untergegangen.

Seit Jahr und Tag hat der Senat einen kommunalen Kontaktbeauftragten⁵², der über Fragen der Entwässerung, des Eisenbahnbaus, des Autobahnbaus in West-Berlin mit zonalen und Ostberliner Stellen verhandeln muß, weil deren Betriebsvermögen berührt ist. Warum haben wir nicht darauf bestanden, daß Herr Leopold die Besprechungen führt? Die Ebene war von vornherein mit Korber falsch gewählt. Herr Korber ist der zweithöchste Beamte im politischen Büro des Regierenden Bürgermeisters. Das kann man auch äußerlich nicht mehr als reine technische Ebene bezeichnen.

Der Kontaktbeauftragte sitzt in der Verkehrsverwaltung. Er ist seit Jahren auf kleineren Gebieten mit Erfolg tätig. Der Widerspruch liegt nun darin, daß die Russen bis auf den heutigen Tag gesagt haben, der Ostsektor gehört immer noch nicht zur DDR. Um es deutlich zu sagen, wir selbst haben die Autorität der DDR-Regierung für Ost-Berlin anerkannt, ohne darauf zu bestehen, daß mit dem Kontaktbeauftragten der anderen Seite gesprochen wird.

Ich bin der Meinung, wenn es wahr ist, daß die Russen eingewirkt haben auf Ulbricht, jetzt die Mauer etwas durchlässig zu machen, dann hätte eine etwas größere Standfestigkeit, etwas mehr Nervenkraft, auch ohne den Druck vor Weihnachten das Ergebnis herbeigeführt, ohne daß dafür ein politischer Preis gezahlt worden wäre. Es sind politische Preise gezahlt worden. Das sage ich hier, aber das muß man auch eingestehen. Ich habe die Sorge, daß wir mit diesem Schritt auf eine abschüssige Bahn geraten sind, von der wir schleunigst wieder herunter müssen.

Von Hassel: Ich habe neulich, Herr Amrehn, das Kabinett gebeten, daß bei der Behandlung dieses Passierscheinabkommens auch die Frage des Verhältnisses zwischen Berlin und der Bundesregierung geprüft wird. Wir wehren uns dagegen, daß die Sowjets mit ihren Helfern eine Dreistaatentheorie nach draußen begründen. Wenn wir in der freien Welt einen Vertreter Berlins treffen, so sehen wir, daß er sich benimmt wie der Abgesandte eines souveränen Fürsten. Ich denke z. B. daran, wenn ich in Washington oder in New York bin und dort Herrn Albertz oder Herrn

52 Durch Beschluß des Senats von Berlin vom 4. Juni 1956 wurde Senatsrat Kraft von der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe zum Kontaktbeauftragten bestellt. Dieser wurde am 3. Dezember 1957 durch Oberregierungsrat Knoll ersetzt.

Bahr⁵³ oder Herrn Schütz⁵⁴ treffe. Ich meine, daß im Grunde genommen der Regierende Bürgermeister selbst allen Anlaß gibt, daß diese Dreistaatentheorie durch sein Verhalten in der Welt sichtbar wird.

Nun frage ich, was die Berliner CDU tun kann. Langsam ist es doch so geworden, daß Herr Brandt sakrosankt ist. Und wenn wir ein Wort gegen ihn sagen, wird das sofort ausgemünzt als einen persönlichen Angriff gegen ihn oder gegen die Position des freien Berlins. Gerade nach meinem letzten Besuch in Amerika⁵⁵ muß ich sagen, daß es unerträglich ist, daß sich die Berliner Vertreter überall mit diesem Nimbus umgeben.

Amrehn: Herr von Hassel hat gefragt, was die Berliner CDU dagegen tun kann. Dazu darf ich sagen, das ist von uns oft genug auch in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses angeprangert worden. Die Debatte dazu heute vor einer Woche im Abgeordnetenhaus ist außerordentlich klar gewesen. Es ist auch ein politisches Ereignis, daß wir zum erstenmal in Fragen des Verhältnisses Berlin nach draußen mit Nein gestimmt haben, so schwer uns das auch gefallen ist. Es gehört ein gewisser Mut dazu, weil wir wissen, daß sich die Menschen zu dieser Passierscheinaktion, zu der sie Herr Brandt gebracht hat und der die Bundesregierung und die Alliierten zugestimmt haben, nun ehrlich darauf einstellen. Das ist für die Leute also vertretbar, und sie sagen, was will eigentlich die CDU.

Wir sitzen also zwischen zwei Mühlsteinen bei der Auseinandersetzung mit Brandt. Aber wir haben gemeint, jetzt muß es einer sagen, und das waren wir. Und hier haben wir große Unterstützung gehabt wie nie zuvor. Drei Wochen lang haben mit Ausnahme der beiden sozialdemokratischen Blätter „Spandauer Volksblatt“ und „Telegraph“ alle Zeitungen unser Verhalten, ohne es als CDU-Meinung zu deklarieren, unterstützt. Es sind alle Gesichtspunkte der Warnung und des Widerstandes gegen diesen politischen Weg zum Ausdruck gebracht worden. Insoweit ist Herr Brandt also nicht mehr sakrosankt.

Aber er benutzt jetzt folgendes Argument: Wenn wir auf die Gefahren hinweisen und auf die Interpretationen, die im Osten gegeben werden, erklärt er sofort, wir machten uns nunmehr die kommunistische Agitation zu eigen. Ich darf hinzufügen,

53 Egon Bahr (geb. 1922), 1950–1960 Bonner Kommentator des RIAS Berlin, 1960–1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, 1967–1969 Ministerialdirektor im AA, Sonderbotschafter und Leiter des Planungsstabes, 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Bundesbevollmächtigter für Berlin, 1972–1990 MdB (SPD), 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1976 für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1976–1981 SPD-Bundesgeschäftsführer, 1987 Vorsitzender der Sicherheitspolitischen Kommission der SPD. Memoiren: Zu meiner Zeit. München 1996.

54 Klaus Schütz (geb. 1926), 1954–1957 und 1963–1977 MdB (SPD), 1957–1962 MdB, 1961–1966 Senator für Bundesangelegenheiten und für des Post- und Fernmeldewesen in Berlin, 1966–1967 Staatssekretär im AA, 1967–1977 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1977–1981 Botschafter in Israel, 1981–1987 Intendant der „Deutschen Welle“, 1987–1993 Direktor der Landesanstalt für Rundfunk NW.

55 Von Hassel war am 3. und 4. Dezember 1963 in Washington (AdG 1963 S. 10941).

daß seit 14 Tagen Herr Brandt mit seinem Senat in der gesamten kommunistischen Presse ein vernünftiger Mann ist, einer, der die Zeichen der Zeit verstanden hat und den Weg der Verständigung geht. Lemmer, Krone und Barzel sowie Amrehn sind die kalten Krieger.

Es hat sich nun die merkwürdige Front ergeben, daß SPD und FDP in West-Berlin mit diesem „moralischen“ Hintergrund kommunistischer Unterstützung gegen die CDU stehen. Hier hat sich auch eine Front Brandt/Mende ergeben, die wir im Oktober gefürchtet haben. Hier hat sich also der Wandel im Ministerium ausgewirkt.

Adenauer: Wir können die Debatte über diesen ganzen Fragenkomplex nicht einfach sang- und klanglos zu Ende gehen lassen. Wenn Herr Amrehn recht hat mit seinen ganzen Ausführungen, dann müssen wir irgendwie zum Ausdruck bringen, daß wir seinen Ausführungen beitreten und die Haltung der Berliner CDU billigen. Irgendeinen Beschluß müssen wir also fassen.

Erhard: Es war nicht so, daß die Bundesregierung etwa dem Regierenden Bürgermeister etwa eine Blankovollmacht gegeben hätte, einfach zu unterschreiben, sondern wir waren täglich und viele Stunden in ständiger Verbindung mit Berlin. Wir haben unseren ganzen Einfluß geltend gemacht auf den Berliner Senat, um unangemessene und politisch gefährliche Wendungen in dieser Frage zurückzudämpfen. In der letzten Nacht war es tatsächlich so – obwohl wir immer wieder gesagt hatten, nicht anerkennen, zurückweisen, um nicht die Dreistaatentheorie hier sichtbar werden zu lassen –, daß die letzte Meldung hieß: Es ist die äußerste Grenze dessen, was immer mit unseren Warnungen erreichbar war. Das war die etwas gequälte Formulierung, die Herr Korber unterschreiben konnte im Auftrage der Senatskanzlei, die ihrerseits auf Weisung des Regierenden Bürgermeisters handelte.

In dieser Nacht habe ich bis 3 Uhr telefoniert. Wir haben Herrn Schröder angerufen. Da hat die Sache sozusagen an einem seidenen Faden gehangen. Wir glaubten nun, unmittelbar vor Weihnachten es eben nicht verantworten zu können, zumal wir auch die internationale Stimmung dabei berücksichtigt haben, die Sache nun scheitern zu lassen. Die Kommandanten sind auch benachrichtigt worden. Ich habe dafür gesorgt, daß sie eingeschaltet wurden. Die Herren haben auch zugestimmt, und zwar mit demselben Seufzer, mit dem wir es auch getan haben.

Aber die Dinge haben wirklich zwei Seiten. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob wir nun freudig Ja gesagt hätten. Wir haben uns abgequält. Herr Amrehn, Sie wissen, wie stark unsere Einflüsse auf den Berliner Senat gewesen sind. Wir haben bei den neuen Verhandlungen ganz deutlich gemacht, wir forderten, daß die Ostberliner in der gleichen Weise zu uns herüberkommen können. Bei uns werden sie nicht kontrolliert. Sie können frei zu uns kommen. Wir haben die Mauer nicht gebaut. Und die humanitären Gesten sind natürlich nicht ein Feigenblatt, sondern das Ganze ist eine Irreführung im schlechtesten Sinne des Wortes.

Wenn ich die Dinge international betrachte, möchte ich heute sagen, die Tatsache, daß wir wiederholt erklärten, daß damit keine Veränderung des Status quo anerkannt werde – das haben die Kommandanten und die Bundesregierung eindeutig zum

Ausdruck gebracht –, hat in etwa doch den Verdacht zerstreut, als ob wir den Entspannungsversuchen – man mag darüber denken, wie man will – völlig ungehört ein hartes Nein entgegensetzten. Jetzt sind wir soweit, sowohl mit den Amerikanern als auch mit den Briten, daß sie sagen: Wir haben für Euch volles Verständnis, wenn Ihr für die Zukunft sorgfältig darauf achtet, daß diese falschen Beleuchtungen nicht mehr vorkommen. Aber im Wiederholungsfall werden Sie sehen, daß Sie aus dieser Sache herauskommen.

Barzel: Wir sind auf einer Linie, die uns in den letzten Wochen bewußt geworden ist. Unsere Freunde in Berlin haben ihre Haltung eingenommen – wir haben es gehört – mit überzeugenden Argumenten. Die Bundesregierung hat der Sache zugestimmt. Wir haben im Fraktionsvorstand uns lange darüber unterhalten.⁵⁶ Wir sind aber jetzt nur in der Lage, uns hinterher dazu zu äußern. Deshalb würde ich empfehlen, jetzt nicht mehr hinterher ein Votum abzugeben, das die eigene Bundesregierung desavouiert. Bei alledem, was wir jetzt an Kritik über die Vorkommnisse hier aussprechen, wird uns nichts anderes übrigbleiben, als die Position einzunehmen, die die Bundestagsfraktion mit der Erklärung eingenommen hat: Dies war die äußerste Grenze dessen, was man überhaupt hat tun können. Wir sollten also nach vorn sehen und sagen, es gibt keinen Anlaß, die bewährte Deutschland- und Berlin-Politik der CDU irgendwie zu ändern. Das muß auch das Ausland hören, was wir natürlich auch für die innere Absage an den Koalitionspartner dringend brauchen.

Bei allem Verständnis für die Berliner Position – ich bin im Fernsehen auch wie Odysseus zwischen den Inseln durchgefahren –, können wir uns nicht anders verhalten, wenn wir nicht einen riesigen Eklat haben wollen. Ich meine, daß es jetzt nicht mehr interessant sei, öffentlich die Debatte über diese Frage *ad calendae graecas* fortzusetzen und sie neu zu beleben. Wir brauchen jetzt ein politisches Schweigen, denn nichts ist gefährlicher als eine Geschwätzigkeit auf diesem Gebiet.

Daß ich im übrigen jetzt gern ein Korreferat hielte wegen meiner früheren Tätigkeit, liegt auf der Hand. Ich will aber darauf verzichten und nur sagen, es ist die äußerste Grenze nach hinten. Wir sollten nach vorn sehen. Es gibt keinen Anlaß, unsere bewährte Berlin-Politik irgendwie zu ändern. Das müssen wir sehen, wenn wir nicht Schaden nehmen wollen.

Schröder: Ich möchte mich im entsprechenden Verhältnis dem anschließen, was Kollege Barzel gesagt hat. Es hat wenig Zweck, jetzt für die Vergangenheit die Sache noch einmal in allen Details aufzurollen. Ich gebe dem Kollegen Amrehn in vielem recht. Eine ähnliche Darstellung, wie er sie gegeben hat, hat auch der Kollege Lemmer in der Fraktion gegeben.⁵⁷ Ich verstehe voll und ganz die Gefühle der Berliner CDU, vor allem über den Ablauf der Sache und über die Unehrlichkeit, die dabei getrieben worden ist. Wir haben gegenüber den Berlinern – ich will es nicht

⁵⁶ In den Sitzungen des Fraktionsvorstands am 7./8. Januar 1964 (ACDP VIII-001-1504/2).

⁵⁷ Lemmer am 7. Januar 1964 im CDU/CSU-Fraktionsvorstand (Protokoll EBD.).

im einzelnen darlegen – mindestens an drei Stellen zu monieren gehabt, daß sie im Grunde mit den Formulierungen ein Stück weitergingen, und zwar in dem Sinne, daß sie etwas festgelegt haben wie eine schiefe Ebene, auf der man dann immer weiter herunterrutscht. Es hieß nämlich: Jetzt kommt Weihnachten, und die anderen wollen etwas haben. Aber das ist immer eine schwierige Situation. Herr Brandt hat für mein Gefühl in der Sache, ganz gleich, wo einer dieser ersten Schritte war, gegen das gehandelt, was wir gesagt haben.

In der letzten Nacht ging die ganze Auseinandersetzung darum, ob man die Sache daran scheitern lassen sollte, daß die Unterschrift von Korber gegeben würde. Es war ein Auftrag des Chefs der Senatskanzlei, der auf Weisung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin kam. (*Amrehn*: Es stand „DDR“ darauf!) Das weiß ich nicht. (*Amrehn*: Das vorletzte Formular sah nur zwei Unterschriften vor. Es war von der Deutschen Demokratischen Republik ohne Anführungszeichen die Rede.) Ich bin gefragt worden und habe gesagt, das wird kein Mensch annehmen. Das war am 17. Dezember. Ich wurde in Paris angerufen. Nach meiner Meinung ist die Sache eigentlich passiert am 6. und 7. Dezember, als man von der Leopold-Sache abkam. Da konnte man ausrechnen, wann es passieren würde. Wir haben die Lehre daraus gezogen, daß man es auf jeden Fall verhüten müsse, daß der Senat in die Lage komme, mehr oder weniger unkontrolliert handeln zu können.

Wir haben den Versuch gemacht und den Alliierten vorgeschlagen – für die Alliierten ist das auch ein bißchen stark –, die ganze westliche Abstimmung überhaupt nur in Bonn stattfinden zu lassen; wir hätten dann die Botschafter, die Kommandanten und den Beauftragten der Bundesregierung zusammen. Daß die Alliierten dagegen Bedenken haben, ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen den Botschaftern und den Kommandanten. Das ist ein Verhältnis zwischen Diplomaten und Militärs. Das ist ein heikles Gebiet. Wir müssen sehen, ob wir nicht für vergleichbare Situationen einen geeigneten Mann der Bundesregierung in Berlin placieren können, damit nichts geschehen kann ohne unsere Zustimmung. Wir müssen also in die Zukunft sehen.

Es ist so, daß man das vom Osten her für einen ganz großen Durchbruch hält gegenüber den bisherigen Thesen; denn es ist der Sowjetzone tatsächlich gelungen, in einem Augenblick, in dem wir überhaupt erst dabei waren, uns damit zu beschäftigen, mit Chruschtschow hinter ihrem Rücken einen Druck zu organisieren und isoliert auszubrechen und sich als diejenigen hinzustellen, die dabei eine große Sache gemacht hätten. Daß sie Appetit zu weiteren Aktionen haben, weiß jeder, der den Brief von Stoph an Brandt gelesen hat.

Für mich ist einer der bezeichnendsten Vorgänge derjenige, nachdem man nur ein neues Papier am 3. Januar überreicht hatte, das die Frage enthielt, welche Lösung wir für eine künftige Sache hätten.

Der zweite Punkt ist der Brief von Brandt, der sich auf den 3. Januar bezog, worin er unter Punkt 2 mitteilte, daß der Brief von Stoph diesseits bekannt sei. Jeder, der ein bißchen kombinieren kann, sieht, daß damit die Tür offen gehalten werden soll; jedenfalls war es eine *Captatio benevolentiae*. Wo Brandt selbst steht, ist mir nicht

klar, nur so viel ist sicher, daß es doch Kräfte gibt innerhalb des Senats, die in der Tat etwas anderes betreiben wollen und im Grunde genommen auf dem Standpunkt stehen, daß die mehr oder weniger starke faktische Hinnahme unter Umständen nützlich sein könnte.

Das ist eine Politik, die versucht, Chruschtschow, die Zone und das Regime zu unterlaufen in der Hoffnung, daß das jenen Wandel ergäbe, aus dem eine irgendwie geartete Angleichung der Verhältnisse hervorgehen könnte, die im Westen akzeptabel wäre. Ich halte diese Politik für absolut undurchdacht und für völlig hoffnungslos. Ein solches Regime unterlaufen zu wollen, ist von vornherein eine aussichtslose Sache. Deshalb kann man nicht die geringste Handreichung dazu geben.

Von der praktischen Politik her gesehen muß man diese Vorgänge so schnell wie möglich einfangen und unter allen Umständen verhindern, daß dieser Fall ein Modell wird für weitere Vorkommnisse. Wir werden nicht so leicht wieder in eine solche Zwangslage wie vor Weihnachten kommen. Aber das wußte die andere Seite ganz genau. Das ist eine absolut ausgedachte Sache gewesen. Man hat Anfang Dezember die Geschichte lanciert; dann brauchte man die Hoffnung immer nur ein bißchen zu nähren, und dann war man Weihnachten in einer Zwangslage. Ostern und Pfingsten sind völlig unvergleichbar damit.

Ich komme auf den Eingang zurück. Ich glaube, daß der Kollege Barzel recht hat. Es hat keinen Zweck, in aller Form zu bestätigen, daß die Berliner CDU mit vielen kritischen Anmerkungen recht gehabt hat. Das muß sich indirekt wie eine Stellungnahme gegen die Bundesregierung auswirken. Davon hat weder die Berliner CDU noch haben wir etwas davon. Man kann nicht sagen, daß diese Sache nun ein irgendwie modifizierbarer Vorgang für die weitere Entwicklung sein könne, sondern es muß mit ihr unter allen Umständen Schluß gemacht werden. Man darf sich auf nichts einlassen und muß versuchen, die Sache durch den Bundesbeauftragten⁵⁸ von vornherein strenger an die Zügel zu nehmen.

Wir dürfen uns nicht täuschen, daß es ohne Zweifel außerhalb Deutschlands Kreise gibt, die auf eine solche Politik – für die ich jetzt das Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ gebrauchen will⁵⁹ – etwas geben. Ich habe gerade bei meinem Besuch in Amerika⁶⁰ von ein paar Leuten gehört, daß sie äußerst besorgt seien, das Ganze

58 Zur Koordination der Aufgaben der Bundesregierung in Berlin wurde Anfang 1950 das Amt des „Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin“ geschaffen. Es war dem Bundeskanzler direkt unterstellt. Von 1962 bis 1965 hatte das Amt Felix von Eckardt inne.

59 Egon Bahr hatte am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing einen Vortrag mit dem Titel „Wandel durch Annäherung“ gehalten. Vgl. Andreas VOGTMEIER: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung. Bonn 1996 S. 59–66.

60 Schröder begleitete Erhard auf der USA-Reise vom 27. bis 29. Dezember 1963 (AdG 1963 S. 10976 f.).

könne zu einem schweren Rückschlag für Brandt werden, der schuld an der Sache sein könnte. Insoweit war Herr Brandt äußerst daran interessiert, daß immer wieder betont wurde: im Einvernehmen mit der Bundesregierung.

Nun wollen wir auf der anderen Seite nicht umgekehrt die Kritik unserer eigenen Freunde dadurch tot machen, daß wir von da her an eine solche Einvernehmensformel gehalten werden. Je weniger wir die Sache noch einmal zurückgehend aufgreifen, desto besser ist es. Nun gibt es ohne Zweifel draußen Kreise, die glauben, daß wir und West-Berlin stärker seien, als wir zugeben; denn wir übten eine gewaltige Attraktion auf die andere Seite aus, und wir müßten diese Kraft ins Spiel bringen. Das sind die Stimmen, die ungefähr meinen, daß, wenn sich die Deutschen nur reichlich und oft treffen, dies de facto schon eine Art Wiedervereinigung sei, obwohl das Problem ja nicht darin besteht, die Deutschen in der Zone zu gewinnen, sondern darin, ihre führende Schicht loszuwerden. Das ist das politische Problem.

Ich habe den Leuten gesagt, wieviel Kommunisten es in Polen nach unserer Meinung gibt. Es ist ein sehr geringer Prozentsatz. Trotzdem ist Polen unter einem kommunistischen Regime. Wir wissen aus Erfahrung, daß die totalitären Regimes nicht sehr viele Leute brauchen, um über den ganzen Apparat von Militärs, Polizei und Staatssicherheit herrschen zu können. Hinter der Sache steckt nicht nur eine reine interne Auseinandersetzung, sondern gleichzeitig auch eine Auseinandersetzung mit nicht unbedeutenden Kräften außerhalb des Bündnisses. Deswegen ist es wichtig, daß wir in dieser Sache eine völlig klare und eindeutige Position beziehen. Das ist geschehen in diesen Wochen. Dieses Papier vom 3. Januar tut das klipp und klar, und wir sind an einer Stelle, wo man die Sache unter Kontrolle hat.

Klepsch: Wenn ich auch dem beipflichte, daß man in die Zukunft sehen soll, so meine ich, werden wir doch gerade in der unteren und mittleren Ebene mit diesem Faktum noch zu tun haben. Ich habe in den letzten Tagen einige Versammlungen abgehalten, zum Teil an Universitäten, wo gerade dieses Passierscheinabkommen eine große Rolle gespielt hat, und zwar waren sie besucht von liberalen und sozialistischen Studenten, die als Opposition auftraten. In einem Fall forderten sie unter einem Verweis darauf die De-facto-Anerkennung des Zonenregimes. Ich habe die hier schon beschriebene Position eingenommen von der äußersten Grenze, die hier erreicht worden ist.

Aber dessenungeachtet würde ich meinen, daß in unseren eigenen Reihen, nämlich bei den Freunden von uns, die solche Versammlungen besuchen, eine gewisse Unsicherheit unvermeidlich ist. Es ist notwendig, daß wir, wenn davon gesprochen wird, in Zukunft die Sache unter Kontrolle halten.

Ich freue mich sehr darüber, daß man – und ich traue nämlich dem Herrn Brandt alles mögliche zu – den Berliner Senat und den Regierenden Bürgermeister daran hindern wird, in Zukunft ähnliche schiefe Ebenen herzustellen. Wir müssen aber unseren eigenen Mitgliedern deutlich machen, daß das Unterkontrollehalten auch heißt: Keine Wiederholung des schon vollzogenen Ereignisses, und daß ein ähnliches Papier nicht wieder unterschrieben wird.

Es ist sehr schwer, draußen zu erklären, wieso man etwas bezahlt hat für den diskriminierenden Status der Berliner und daß für sie nicht ein Recht verlangt worden ist, wie es die Bundesbürger haben. Nicht einmal das ist erreicht worden, sondern es ist der diskriminierende Status entstanden, der dem Zonenregime eine Fülle von Zwischenpositionen bis zur Erreichung des gleichen Status offenlegte.

Ich pflichte dem völlig bei, daß wir in die Zukunft sehen müssen, aber wir müssen uns natürlich hüten, etwa Differenzen zwischen der Bundes-CDU und der Bundesregierung anzudeuten. Ich bitte Sie, gleichzeitig im Auge zu behalten, daß unsere Mitglieder und Funktionäre nicht so sachverständig sind und nicht so differenziert denken und sich nicht so ausdrücken können wie wir. Für sie ist eine klare Linie notwendig. Diese klare Linie muß so aussehen, daß eine Abgrenzung von den etwas verschlungenen Theoremen des Herrn Brandt und seiner Vorder- und Hintermänner möglich bleibt.

Adenauer: Am letzten Samstag war in Bonn die Deutschlandtagung der Jungen Union unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Klepsch.⁶¹ Es hat mich interessiert, daß diese Berliner Frage in der dortigen Versammlung am meisten diskutiert wurde, solange ich anwesend war. Deswegen glaube ich, daß man in dem Beschluß, den wir fassen müssen, jedes Wort genau prüfen muß, um auch unsere Leute zufriedenzustellen; selbstverständlich nicht gegen die Bundesregierung!

Ich möchte Ihnen aber vorschlagen, damit wir keine Dummheiten machen, daß drei Herren, nämlich Herr Bundesminister Dr. Schröder, Herr Dr. Barzel und Herr Amrehn, diesen Beschluß entwerfen, damit wir nachher hier darüber sprechen können. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Barzel: Wir hatten in der vergangenen Woche die außenpolitische Debatte⁶², wo wir versucht haben, ein bißchen neuen Stil und neue Munterkeit in das Haus zu bringen. Herr Bundeskanzler Erhard hat begonnen. Es war ein guter Erfolg für uns. Wir haben im Laufe der Debatte die Opposition gezwungen, wieder einen parlamentarischen Betrieb herzustellen. Das war ein guter Anfang für dieses Jahr.

Ich bin dankbar, daß der Herr Vorsitzende auf die Bundespräsidentenwahl hingewiesen hat. Wir werden davon ausgehen müssen, daß wir in der Bundesversammlung nicht die Mehrheit haben. Wir müssen uns also schnell in dem Sinne, wie es vorgetragen wurde, verständigen, damit nicht andere Vorschläge für einen weiteren Kandidaten aufkommen und sich Mehrheitsbildungen vollziehen.

61 Sitzung des Deutschlandrats der JU am 11./12. Januar 1964 in Bonn. Bericht in „Die Entscheidung“ Nr. 2 vom Februar 1964 S. 30. Vgl. auch „Die Welt“ vom 13. Januar 1964 „Adenauer lobt Erhards Bekenntnis zur Freundschaft mit Frankreich“.

62 In der 106. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Januar 1964 gab Erhard einen Rechenschaftsbericht über die ersten drei Monate seiner Amtszeit, in dem er besonders auf die außen- und innenpolitische Situation einging (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 4840–4849). – Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 10. Januar 1964 „Erhard will die Einigung in Europa vorantreiben“; „Die Welt“ vom 10. Januar 1964 „Ludwig Erhard kündigt eine neue Europa-Initiative an“.

Viele innenpolitische Dinge, die wir jetzt erleben und noch erleben werden im Februar, sind Ausstrahlungen des inneren Kampfes in der SPD, der dort um die Frage tobt: Wer ist unser erstrebter Partner, die CDU – das ist die Linie Wehner – oder die FDP – das ist die Linie Brandt –. Das spielt hierbei eine große Rolle. (*Adenauer*: Ich habe Sie nicht verstanden. Was wollten Sie damit sagen?) In der SPD ist nach dem Tode von Erich Ollenhauer⁶³ die Diskussion darüber lebendiger geworden, was sie nun eigentlich anstreben soll. Sie glaubt nicht, daß sie die absolute Mehrheit gegen Erhard bekommen wird, und fragt nun, was soll unser Arbeitsziel sein: Möglichst bald, also noch vor 1965, mit der CDU in eine Koalition zu kommen oder nach 1965, oder soll unser Arbeitsziel sein, mit der FDP besonders gute Verbindungen herzustellen. Das wird doch diskutiert.

Wir hoffen, daß die Kriegsofferfrage in der nächsten Woche eine Lösung finden wird. Wir sind vor Weihnachten in eine Debatte gekommen, wo wir gesagt haben, wir können jetzt nicht entscheiden, weil der Haushaltsplan noch nicht vorliegt. Sie kennen die Haltung des Herrn Bundeskanzlers dazu. Es ist uns leider nicht gelungen, trotz größter Bemühung, auf die Freien Demokraten so einzuwirken, daß sie sich bereit gefunden hätten, sich vor Weihnachten auf einen Termin öffentlich im Plenum festzulegen. Sie haben entgegen unseren Wünschen den 1. Januar genannt, so daß uns wegen der Mehrheitsverhältnisse nichts anderes übriggeblieben ist, als hierauf einzuschwenken.

Die Kollegen im Haushaltsausschuß haben deutlich gemacht, daß das im Rahmen des 60,3-Milliarden-Haushalts nur möglich ist durch Sparen an vielen Stellen, aber nicht durch irgendein Rechenkunststück. Das hätte der Bundesregierung besonders weh getan. Es ist nur möglich durch Streichung an 94 Stellen, und zwar durch Zusammenfassung von vielen kleineren Summen. Das wird sich nun in der nächsten Woche im Bundestag vollziehen, und ich hoffe, daß wir diese Frage damit lösen werden. Die Kriegsofferverbände haben der Bundestagsfraktion der CDU schon heute ihren Dank ausgesprochen.

In der anderen Frage, die wir mit der FDP klären müssen, sah es gestern dramatisch aus. Wir bekamen eine geballte Ladung unseres Koalitionspartners gegen uns auf den Tisch. Morgens um 10 Uhr erschien die FDP mit einem drei Seiten langen Artikel zur Deutschland- und Passierscheinfrage.⁶⁴ Das las sich wie eine Kriegserklärung der FDP gegen die CDU. Eine Stunde später wurde im Sozialausschuß unser Antrag⁶⁵, der angekündigt war, nur die 2. Lesung des Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetzes auf die Tagesordnung zu setzen, von der SPD und der FDP abgelehnt.

63 Ollenhauer war am 14. Dezember 1963 verstorben.

64 Kommuniké der Fraktionssitzung der FDP vom 14. Januar 1964. Druck in fdk 15. Jg., Nr. 5 vom 16. Januar 1964 S. 4.

65 In der Sitzung des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik am 16. Januar 1964 stimmten FDP und SPD für eine Zurückstellung der zweiten Lesung des Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetzes („Die Welt“ vom 17. Januar 1964 „Krankenversicherungs-Reform im Ausschuß zurückgestellt“).

Dadurch ist eine schwierige Lage entstanden. Ich bin sehr froh, daß die CDU vollständig vertreten war und einstimmig ihren Willen, sowohl das Gesetz wie das gesamte Sozialpaket zusammenzuhalten, deutlich gemacht hat. Wenn ich jetzt gefragt würde, ob das Sozialpaket gestorben sei, würde ich mit Nein antworten, weil wir noch eine Sitzung in der nächsten Woche haben. Wir müssen aber in die Besprechung gehen mit dem erklärten Willen unserer politischen Zusammenarbeit, um auch dieses Gesetz termingemäß zu verabschieden.

Das dritte, was gestern mit der FDP passierte, war die Publizierung eines Beschlusses aus Berlin über eine Haltung, die sie schon Ende des vergangenen Jahres mehr vertraulich eingenommen hatte, daß sie nämlich mitteilte, der deutsche Getreidepreis könne vor 1970 nicht geändert werden.⁶⁶ Das belastet die Kennedy-Runde und die EWG – was der Herr Bundeskanzler eben vorgetragen hat – in einer Weise, die unvorstellbar ist. Daß man das publiziert, ist natürlich böse. Und wenn man das ganze wahlpolitisch übersetzt, dann bleibt etwas für die Bauern, etwas für den Mittelstand und etwas für die Leute der nationalen Gangart übrig. Die FDP ist also bereit, für jede einzelne Gruppe etwas anderes zu machen und zu geben.

Ich habe heute morgen mit der FDP gesprochen. Der Herr Bundeskanzler war so liebenswürdig, mich zu empfangen. Die FDP hat mir aber das Gegenteil gesagt: Wir sind zur Zeit ganz koalitionsfreudig, und wir sind glücklich über die Entwicklung bei der Kriegsopferversorgung. Diesen Artikel müssen wir uns noch einmal überlegen, und wenn ihr am Dienstag im Koalitionsgespräch eine Einigung erreicht beim Sozialpaket, dann stimmen wir mit euch, und dann ist die Sache vom Tisch. Und das mit der Agrarpolitik sollte man nicht so ernst nehmen.

So ungefähr ist mir gegenüber ausgeführt worden. Das Wichtigste ist aber, daß die Bundesregierung in der Frage, die wir eben besprochen haben und was damit zusammenhängt, Herrn Mende nun anbindet: Was ist eigentlich deutsche Politik? Das ist eine Frage, bei der es zu ernststen politischen Fronten kommen könnte. In der anderen Frage wollen wir sehen, daß wir am Dienstag weiterkommen.

Damit habe ich wohl die wesentlichsten Punkte, so schnell es eben ging, behandelt.

Erhard: Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, wenn ich nicht sehr glücklich bin über diese ganzen Vorkommnisse in den letzten Tagen. Ich möchte das ausklammern, was das Verhältnis zur FDP anlangt. Wir sind leider nicht in der Lage wie der britische Premier, der das Unterhaus zu jeder beliebigen Zeit auflösen kann. Hätte ich die Möglichkeit, ich würde im Augenblick den Bundestag auflösen. Und die Wahl würde für uns gut ausgehen. Aber das sind theoretische Aspekte, die ich anführe.

⁶⁶ „freie demokratische korrespondenz“ (fdk) Nr. 6/64 vom 16. Januar 1964 „FDP-Fraktion beriet EWG-Ministerratsbeschlüsse“.

Ich nehme unsere eigene Fraktion. Sie kennen meine Auffassung in der Kriegsofferfrage. Sie hat sich nicht geändert, aber ich bin realistisch genug, um anzuerkennen, daß, wie die Situation gewesen ist, diese Regelung zu erwarten war. Wir kommen vom Regen in die Traufe. Diese Kürzungen von 385 Millionen DM sind nicht von ungefähr. Die Koalitionsfraktion fordert z. B., daß für die Wissenschaft mehr getan wird. Jetzt müssen wir bei der Wissenschaft 20 oder 25 Millionen DM wegstreichen. Die Entwicklungshilfe wird fast um die Hälfte gekürzt. Ich habe in Amerika dem amerikanischen Präsidenten gesagt, wir können im nächsten Jahr, wenn die Kriegsofferfrage erledigt ist⁶⁷, vielleicht etwas großzügiger sein.

Nun aber wird weiter und weiter abgestrichen, und zwar bei einer Reihe von Ansätzen für wichtige Aufgaben, wie Notstandsprogramm, innere Sicherheit usw. Wir werden nicht ausweichen können, sondern müssen sagen: Wir haben zwar Gelder vorgesehen, aber wir sind nicht in der Lage, es auszugeben; der Haushaltsausschuß hat das so beschlossen. Das ist eine Situation, die sehr unangenehm werden kann.

Wir haben damit zwar einzelne befriedigt, dafür treten wir aber so und soviel anderen auf die Füße. Das müssen wir deutlich sehen. Wir haben hingenommen, daß der Marsch in Bonn stattgefunden hat.⁶⁸ Wir sind nicht in die Knie gegangen. Meiner Ansicht nach hat sich dieser Marsch totgelaufen. Wir hatten die Hoffnung, daß damit die Märsche in Bonn aufhören würden.

Ich bin der Meinung, was jetzt geschehen ist, nämlich die nachträgliche volle Anerkennung, bedeutet doch geradezu eine Aufforderung zum Tanz! Ihr müßt bloß diesen Bundestag gehörig unter Druck setzen, und dann geht er in die Knie. – Das scheint mir das bedenklichste an dieser ganzen Sache zu sein, nicht die Ziffern im einzelnen, sondern die Methode.

Ich habe in der Zwischenzeit mit jemand gesprochen, der mir gesagt hat, daß ein grobes Mißtrauen mit den Schwerstverletzten getrieben wird, die nämlich als Feigenblatt vorgeschickt werden. Wir wissen, daß hier nicht die eigentliche Not der treibende Faktor ist, sondern die Zahl der Mitglieder, die bedacht werden wollen, und diejenigen, die die Verbände tragen. Das ist also die nachträgliche Würdigung dieser Ereignisse!

Und nun befürchte ich, daß es nicht bei diesen Kriegsoffern bleiben wird, sondern jetzt kommen als nächste die Kriegsgefangenen, die Heimkehrer und weitere. Ich möchte bloß wissen, wo und wie der Bundestag oder der Haushaltsausschuß die weiteren Kürzungen vornimmt. Eines ist richtig, dadurch, daß die Grenze von 60,3 Milliarden gehalten worden ist, ist auch der Regierung die Möglichkeit aus der Hand genommen worden, den Artikel 113 des Grundgesetzes anzuwenden, denn er gilt nur für Überschreitungen. Wenn aber der Haushaltsausschuß glaubt, an anderen Stellen

⁶⁷ Vgl. Nr. 12 Anm. 21.

⁶⁸ Am 10. Dezember 1963 fand in Bonn eine Kundgebung der Kriegsofferverbände mit 30.000 Demonstranten statt. Vgl. HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 126; SPD-Fraktion S. 386 Anm. 31.

Einsparungen vornehmen zu können, dann kommt doch die Frage auf: Ist denn überhaupt eine solche Politik noch zu verantworten und zu rechtfertigen? Es werden hier doch Elemente unserer Politik so nachhaltig berührt, daß eben doch Gefahr im Verzuge ist. Ich nehme die Sache tatsächlich ernst.

Ich sehe jetzt schon alle diejenigen kommen, die von den Kürzungen betroffen werden. Und was soll ich denen sagen? Etwa das, ich habe es nicht gewollt? – Das ist doch keine Erklärung. Es ist auch nicht elegant, wenn ich sage, die eigene Fraktion hat mich im Stich gelassen. Ich kann es also drehen und wenden, wie ich will. Die Folgewirkungen sind alles andere als schön und glücklich. Vielleicht ist das hier aber nicht der richtige Ort, darüber zu sprechen, sondern die Fraktion wäre vielleicht besser angesprochen. Wir müssen angesichts der jetzigen Lage, wo wir nicht mehr aus dem vollen schöpfen können und wo scheinbar alles möglich ist, zu einer gewissen Rangordnung der Werte, der Notwendigkeit und der Nützlichkeit kommen. Wir müssen davon abkommen, dem Drängen jedes Verbandes, und zwar nicht nur nach irgendwelchen Werten, sondern bloß nach seiner Mitgliederzahl und seiner politischen Macht sowie seiner vermeintlichen Wählerstimmen, nachzugeben; denn so gewinnt man keine Wahl. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen unbedingt dafür sorgen – und das gilt für die Bundesregierung, für die Partei und für die Fraktion –, daß wir in allen diesen entscheidenden Fragen bis zur Wahl im Jahre 1965 und hoffentlich darüber hinaus zu einer völlig klaren Abstimmung und zu einer inneren Geschlossenheit und Straffheit kommen. Das Auseinanderfallen in verschiedene Gruppen, und zwar aus Gefälligkeit gegenüber diesen oder jenen Interessenten, um damit die Wahl zu gewinnen, ist nach meiner festen Überzeugung das sicherste Mittel, um die Wahl zu verlieren. Darum möchte ich die CDU auffordern, sich als Partei und als Fraktion auf das zu besinnen, was vor uns steht. (*Beifall.*)

Blank: Ich muß das ein wenig ergänzen. Ich wußte nicht, daß diese Frage heute hier eine Rolle spielen würde, sonst hätte ich mein Zahlenmaterial mitgebracht. So werde ich also etwas aus dem Gedächtnis sagen, und ich bitte um Entschuldigung, wenn ich die Zahlen nicht genau wiedergebe.

Das Budget ist wesentlich trüber, als es der Herr Bundeskanzler gezeichnet hat. Durch den Beschluß des Ausschusses, der dahin geht, 385 Millionen DM aufzustocken, ist zugleich beschlossen, etwa 200 Millionen DM darüber hinaus ins nächste Jahr zu übernehmen, denn die tatsächlichen Verbesserungen sind eine Verdoppelung des ursprünglichen Ansatzes der Bundesregierung. Da diese aber kassenmäßig nicht mehr voll zur Auszahlung kommen, geht es in das nächste Jahr über. Wir haben also im nächsten Jahr nicht nur das Mehr, das aus den Verbesserungen im allgemeinen kommt, sondern auch noch diese 200 Millionen DM. Ich würde also mit einigem Vorbehalt sagen, da sind wir schon bei annähernd 750 bis 800 Millionen.

Da auf der anderen Seite – auch hier kann ich nur die ungefähren Zahlen geben – die Einigung über die Verteilung des Länder/Bundes-Anteils bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer das Ihnen bekannte Ergebnis gebracht hat, sitzen wir hier noch mit einem zusätzlichen Defizit von rund 400 Millionen. Das heißt nackt und nüchtern,

weil wir auch gegenüber den mittelständischen Kreisen nun in eine Steuerpflicht hineinwachsen und den großen Arbeitnehmergruppen wegen der ansteigenden Löhne etwas entgegenkommen wollen durch eine halbwegs brauchbare Steuerreform, haben wir global gesehen schon durch diese Maßnahmen den im kommenden Jahr zu erwartenden Zuwachs an Steuereinnahmen bereits gebrühstückt.

Die Bundesregierung hat zunächst für die Kriegssopfer einen Gesetzentwurf vorgelegt, der allgemeine Verbesserungen, und zwar schwerpunktmäßig, von ungefähr 400 Millionen DM vorsah. Aufgrund des dann kommenden Drucks aus den Verbänden haben wir uns entschlossen – der jetzige Bundeskanzler hat damals in der Kabinettsitzung erhebliche Bedenken geäußert –, eine allgemeine durchgängige Erhöhung der Grundrenten der unteren Beschädigungsgrade einzuführen.⁶⁹ Wir kamen dabei mit dem Vorschlag von 11 bis 12 % auf die berühmten 640 Millionen DM.

Nun brauche ich Ihnen nicht zu schildern, wie unsere Front hier aufgeweicht worden ist. Was aber für mich persönlich und auch für die Bundesregierung sehr schmerzlich war, ist folgendes: Nachdem der Bundeskanzler seine Regierungserklärung abgegeben und seinen Maßhalteappell verkündet hatte, haben wir unsere Leute im Haushaltsausschuß immer wieder dazu aufgefordert, fest und hart zu bleiben, denn es seien nicht mehr als 700 Millionen für diesen Zweck herauszuschinden. Als es dann aber an die Beratungen unseres Regierungsentwurfs ging, hat man in dem zuständigen Ausschuß, ohne überhaupt auf die Bundesregierung zu hören, alle Grundrenten durchweg um 30 % erhöht, aber wohlweislich bei den geringen Graden, wo es um kleinere Summen ging. Das mußte man nachher revidieren, und da sind die Meinungen auseinandergefallen; denn der eine hat den anderen zu übertrumpfen versucht, weil man der irrigen Meinung war – ich ernte jetzt Widerspruch, aber ich sage es doch –, wenn man sagen könne, die und die Renten sind um 5 % erhöht worden, daß dieses nun irgendeinen politischen Wahlgewinn brächte.

Das halte ich für eine völlig falsche Auffassung und Darstellung. Dann hat man gesagt, die Bundesregierung komme nur sehr schwer aus dieser Lage heraus, und der Bundeskanzler werde sich außerordentlich schwer tun, den Artikel 113 des Grundgesetzes anzuwenden. Nun, ich bin der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler Erhard nicht recht hat, wenn er eben meinte, man könne hier rechtlich den Artikel 113 des Grundgesetzes nicht anwenden. Das kann man wohl. Wir haben nämlich heute morgen im Kabinett in Ihrer Abwesenheit, Herr Bundeskanzler, das prüfen lassen und dabei festgestellt, daß es doch möglich ist, den Artikel 113 des Grundgesetzes anzuwenden. Aber, ich meine, was soll diese theoretische Betrachtung, wenn man sich darüber klar ist, daß man es politisch nicht machen kann.

Im Haushaltsausschuß hat dann die SPD gesagt, es sei Geld dafür vorhanden. Und dann haben sich zwei Abgeordnete, einer von der FDP und einer von der CDU,

69 Der Entwurf der Bundesregierung zum Zweiten Neuordnungsgesetz vom 7. Juni 1963 (Drs. IV/1305) sah eine geringere Erhöhung der Grundrenten der unteren Beschädigungsgrade als das später beschlossene Gesetz vor.

um den Ruhm gestritten, wer nun in der Zeit der Weihnachtsferien am fleißigsten gewesen sei, das im einzelnen herauszufinden. Wenn man nun an verschiedenen Stellen etwas wegnimmt, so z. B. fünf Millionen beim Bergwerk, wodurch Zechen stillgelegt werden, oder 35 Millionen beim sozialen Wohnungsbau für Unteroffiziere, dann frage ich Sie, in welche Situation kommen wir? Das geht über eine ganze Reihe von Kürzungen so weiter.

Wenn wir demnächst in die Wahl gehen, wird man nicht abwägen zwischen dem, was die Bundesregierung oder was die Fraktion im einzelnen falsch gemacht hat, sondern man wird uns in unserer Gesamtheit und nach unserer Gesamtpolitik beurteilen. Ich kann nur sagen, daß ich hier den Grad von politischer Geschlossenheit vermissem, der dringend notwendig wäre. In der vergangenen Legislaturperiode war man einmal, als man im zweiten Jahre aus den Sommerferien zurück kam, zu der Überzeugung gekommen: Jetzt machen wir gar nichts mehr, dann können wir auch nichts verkehrt machen. – Und nun hört man schon wieder solche Töne: Nun haben wir bloß noch zwei Jahre, und deshalb können wir gewisse Dinge nicht zum Abschluß bringen. Meine Herren! Man soll sich nicht selber aufgeben, denn sonst hat man politisch verloren.

Nun etwas zum Sozialpaket! Wenn Sie glauben, nachdem es nunmehr gelungen ist, etliche 100 Millionen für die Kriegsoffer freizumachen – dabei handelt es sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, doch fast nur um Menschen, die in vollem Lohn und gutem Einkommen stehen –, es aber den kinderreichen Familien zumuten zu können, nachdem sie schon seit 1959 keinerlei Erhöhungen mehr bekommen haben, noch länger zu warten, dann irren Sie gewaltig. Wenn wir keine gesplante Sozialpolitik machen wollen, dann dürfen wir nicht zulassen, daß unsere kinderreichen Familien vergessen werden.

Wir dürfen auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht, nachdem sich vor allem auch die beiden Kirchen mit großer Zustimmung dazu geäußert haben⁷⁰, unter keinen Umständen darauf verzichten, etwas Entscheidendes für die Arbeitnehmer zu tun. Schließlich und endlich müssen wir auch das erfüllen, was wir gegenüber dem Mittelstand zu tun versprochen haben.

Das aber kann eine Regierung nur dann erfüllen, wenn man ihr Vorhaben nicht dadurch unmöglich macht, daß man immer wieder den Haushalt und die Geschlossenheit zerreißt, und zwar weil die eine oder die andere Gruppe glaubt, aus gewissen Emotionen heraus aus der Geschlossenheit hervorbrechen zu müssen, wodurch das Ganze gesprengt wird. Diese Gruppen glauben aber dann, doch wieder erklären zu müssen, daß der Grundsatz des Sparens und des Sichbescheidens absolut richtig sei und dementsprechend von nun an praktiziert werden müsse. Wir können nur

⁷⁰ Am 14. Januar 1964 wurden in Bonn gemeinsame evangelisch-katholische „Empfehlungen zur Eigentumspolitik“ veröffentlicht (FAZ vom 15. Januar 1964 „Hilfe bei der Bildung von Eigentum“; „Bonner Rundschau“ vom 15. Januar 1964 „Kirchen: Vermögen gerechter verteilen“).

weiterkommen, wenn wir alle Schichten unseres Volkes gleichermaßen behandeln. Wenn aber der nächste Schritt wieder so sein sollte, wie es in der Kriegsopferfrage gewesen ist, dann werden wir noch an weitere Verbände Geschenke verteilen müssen. Damit aber werden wir im Jahre 1965 vor einer sehr gefährlichen Situation stehen. Darauf wollte ich heute einmal mit aller Deutlichkeit hingewiesen haben.

Adenauer: Erlauben Sie mir auch einige Ausführungen, namentlich zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Blank. Wenn Sie die Allensbacher Zahlen nehmen – ich habe sie hier –, werden Sie finden, daß die Stimmen für die CDU in den Monaten Oktober, November und Dezember abgenommen hatten. Im Monat Oktober standen wir über den Sozialdemokraten. Aber jetzt stehen die Sozialdemokraten wieder über uns.⁷¹ Nun ist das kein Evangelium, denn das schwankt hin und her. Aber, meine Damen und Herren, ich verfolge das all die Jahre. Irgend etwas Wahres ist immer an diesen Tests dran.

Sie haben dann, Herr Kollege Blank, etwas nach meiner Ansicht nicht zu Recht angeführt. Ich habe die Etatrede des Herrn Dahlgrün gehört.⁷² Sie zerfiel in zwei Teile. Der Herr Dahlgrün hat zuerst Ausführungen gemacht, wonach wir nichts mehr hätten, noch irgend etwas auszugeben. Dann hat er von erheblichen Steuerermäßigungen gesprochen. Wie reimt sich das miteinander? Der Wähler, der so etwas hört – ich habe es nicht getan, ich habe ganz andere Gründe dahinter gesucht –, muß sich doch sagen, wenn der Finanzminister es für möglich hält, erhebliche Steuerermäßigungen vorzunehmen, dann ist es doch mit seinen Klagen über die Begrenztheit des Etats nicht weit her. Das hat also Verwirrung gestiftet.

Und worauf beruht das Ganze? Das Ganze beruht darauf, daß wir einen Koalitionspartner haben, dem wir nicht trauen können. Wenn es also gelingt – und ich wünsche bei Gott, daß es dem Bundeskanzler gelingen möge –, die FDP mit der CDU zusammenzubringen, dann können wir uns manches leisten, was wir uns jetzt eben nicht leisten können. Ich habe doch diese Geschichte mitgemacht im Dezember vor einem Jahr, als die FDP ihre ganzen Minister zurückgezogen hat und wo wir doch Wochen an Arbeit verloren haben, nur weil die FDP aus diesem oder jenem Grund einfach nicht wollte. Ein Arbeiten mit der heutigen FDP ist verdammt schwer. Da weiß doch einer vom anderen nicht, was der Betreffende will. Ich beneide den Kollegen Erhard wahrhaftig nicht um die Aufgabe, die er hat, zunächst einmal die Koalition wieder zusammenzubringen.

Glauben Sie mir, was die FDP Ihnen präsentiert hat, hat sie nicht ohne weiteres getan, sondern das ist alles Absicht, auch wenn sie es abstreitet, denn für die Zukunft

71 Auf die Frage „Können Sie mir sagen, welche Partei Ihren Ansichten am nächsten steht?“ antworteten im Oktober 49 % CDU (SPD: 41 %), im November 47 % (42 %), im Dezember 1963 43 % (46 %) und im Januar 1964 43 % (45 %). Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967 (Faltblatt zwischen S. 198 und 199).

72 Gehalten in der 105. Sitzung des Bundestages am 7. Januar 1964 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 4795–4807). – Druck in: STARKE u. a.: Haushaltsreden 1962 bis 1966 S. 163–185.

will sie sich damit Wähler sichern. Der Bundeskanzler muß versuchen, die FDP wirklich fest in den Griff zu bekommen, so daß er eine Mehrheit hat, sonst ist es fast unmöglich, mit dem schweren Programm, finanziell und sozial, fertig zu werden. Das ist nur möglich, wenn er sich auf eine Mehrheit verlassen kann. Wenn er sich nicht darauf verlassen kann, muß er von heute auf morgen und von morgen auf übermorgen einen verdammt teuren Weg suchen. Deswegen sollte jeder von uns auf die FDP einzuwirken versuchen, damit sie ein echter Koalitionspartner wird, aber nicht nur ein Koalitionspartner, der nur so nebenbei im Geschäft drin ist und mit der anderen Hand Geschäfte für die Zukunft besorgt.

Erhard: Was Sie gesagt haben, habe ich dem Herrn Dahlgrün vor seiner Rede erklärt – ich hatte sie gelesen –, daß es unmöglich und in höchstem Maße widerspruchsvoll sei, auf der einen Seite ein Sparsamkeitsprogramm aufzustellen und auf der anderen Seite zu sagen, daß neue Ausgaben durch Steuersenkungen möglich würden. Ich habe gesagt: Sie reizen ja geradezu die Leute damit. Dann hat er etwas abgemildert. Aber das war nicht der Herr Dahlgrün, sondern das war die Politik der FDP, sich wiederum populär zu machen.

Amrehn: Ich darf noch einen unerfreulichen Punkt auf Kosten der FDP anführen. Minister Dahlgrün hat Berlin vorgeschlagen, zur Deckung des Haushalts eine Anleihe von 120 Millionen DM aufzunehmen. Was wir also acht Jahre lang mit Hilfe der CDU vermieden haben, hat Herr Dahlgrün den Berlinern auferlegt.⁷³ Und nun passiert folgendes: Im Berliner Abgeordnetenhaus kümmert sich darum kein Mensch. SPD und FDP setzen in den Haushalt statt Anleihen nunmehr Bundesdarlehen ein, und die CDU, die an sich den ganzen Gedanken der Anleihe für falsch gehalten hat, verteidigt im Berliner Abgeordnetenhaus die Haltung der Bundesregierung nur aus Loyalität zu ihr. Und vorgestern beschlossen die Bundestagsfraktionen von SPD und FDP, 120 Millionen noch in den Bundeshaushalt als Darlehen einzusetzen und keine Anleihe zu machen, und zwar deshalb, weil die CDU durch ihren Einwand, den sie beizeiten beigetragen hat, den Gesichtspunkt des der FDP angehörenden Finanzministers widerlegt hat, und wir stehen nun wieder einmal dazwischen. Die Bundesregierung wird von uns verteidigt, aber die FDP läßt dieselbe Bundesregierung aufsitzen, und wir sind die schwarzen Schafe, die die Bundesregierung vertreten haben gegen ihre eigene Überzeugung. Wir erleben jetzt, daß beide zusammen im Haushaltsausschuß die 120 Millionen DM beschließen. (*Erhard:* Das ist völlig ausgeschlossen.)

Lücke: Herr Bundeskanzler! Ich knüpfe an Ihre Bemerkungen an. Die FDP kämpft zur Zeit einen Existenzkampf. Ich möchte hier ein Wort des Kollegen Scheel⁷⁴ zitieren, daß nämlich die CDU und die FDP zum Siegen verurteilt seien. Ich warne also

73 In der Haushaltsrede vom 7. Januar 1964 sprach Dahlgrün von einer Berliner Anleihe von 132 Millionen DM (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 4800).

74 Walter Scheel (geb. 1919), 1953–1974 MdB (FDP), 1961–1966 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 791 Anm. 27.

dringend davor, überhaupt Äußerungen aus diesem Gremium nach draußen dringen zu lassen, daß wir eine Alternative hätten. Die CDU hat keine Alternative, und auch die FDP hat keine. Ich werte deshalb die Gründe, Herr Barzel – ich habe es heute Herrn Mende gesagt –, warum die FDP den Kollegen Blank überstimmt und nicht zugelassen hat, daß diese Frage auf die Tagesordnung kam, sehr viel schärfer. Ich erfuhr dabei, daß das vorgesehene Gespräch des Bundeskanzlers mit der Koalition erst heute früh mit Dahlgrün und Mende geführt werden sollte. Ich habe den Eindruck, daß Dahlgrün und Mende wissen, was für sie und die Koalition auf dem Spiel steht. Wenn diese Koalition nicht zusammengeht, wird sie untergehen. Das sollten wir denen auch ganz hart sagen und das Ganze auf die politische Seite abstellen.

Wir haben keine Möglichkeit, den Bundestag aufzulösen. Wir haben keine Möglichkeit, vorzeitig Wahlen auszuschreiben. Wir sind tatsächlich zum Siegen in dieser Koalition verurteilt. Wenn wir nicht siegen, können wir uns das andere ausmalen. Herr Schröder meinte, wir sollten wegen der Passierscheine an die Zukunft denken. Nun, ich habe Herrn Dehler im Fernsehen erlebt. Er hat nicht nur Verhandlungen mit der Zone gefordert, sondern geradezu lächerlich gemacht, warum wir das nicht tun. Nun meine ich, ist es die ungeheuer wichtige Aufgabe des Herrn Bundeskanzlers, am kommenden Dienstag⁷⁵ hier endlich Klarheit zu schaffen, und zwar insbesondere über die außenpolitischen und die innenpolitischen Richtlinien.

Hier mein Vorschlag! Natürlich ist die Sache mit den Kriegsopfern schlecht gelaufen. Die Bundesregierung hat vor Weihnachten eine scharfe Erklärung abgegeben, daß in dem Etat von 60,3 Milliarden kein Polster mehr sei. Warum ist das dann gescheitert? Nun, wir sollten es nicht allein der FDP zuschieben, denn in den Gesprächen vor Weihnachten hat Herr Strauß erklärt, daß er das mit dem Kriegsoffer nicht mitmachen könne. In beiden Fraktionen wurde dann dieser Vorschlag vollzogen. Der Stufenplan, der nicht von der Bundesregierung stammt, wurde dem Bundeskanzler aufoktroziert. Der Stufenplan differenziert nur noch – relativ gesehen – geringfügig gegenüber dem jetzt zum Schluß kommenden Gesetz.

Nun wissen wir doch, wir werden die Wahl nur gewinnen können, wenn wir die Währung stabil halten. Das ist das einzige, mit dem wir die Wahl gewinnen können. Wir waren uns darüber klar, daß wir den Artikel 113 des Grundgesetzes bei den Kriegsopfern nicht anwenden konnten. Unsere Ministerpräsidenten haben kapituliert und zu erkennen gegeben, sie würden es notfalls aus den Ländern finanzieren. In dieser Notlage konnte die Bundesregierung nur eines tun, nämlich hart zu erklären: 60,3 Milliarden und keinen Pfennig mehr.

Nun hat der Bundestag zwar das Budgetrecht; das ist richtig. Es wurde vorgeschlagen, dann mag der Bundestag suchen – und Herr Strauß hat das unterstützt –, woher

⁷⁵ Am 21. Januar 1964 fand ein Koalitionsgespräch („Sozialpaket“) statt (Terminkalender Erhard).

er das Geld nimmt. Der Bundestag hat nun ausgewählt und aus 94 Positionen etwas genommen. Wir sind aber nicht hinzugezogen worden. Man hat aber in dieser Frage die SPD, die in Berlin tagte, offiziell konsultiert. Die CDU ist aber nicht mehr in der Lage, draußen öffentlich dagegen Sturm zu laufen. Die Streichungen sind zum Teil unmöglich, aber das Parlament hat das Budgetrecht. Ich würde deshalb empfehlen, die Sache in der Öffentlichkeit nicht zu zerreißen, weil sie psychologisch schwer geladen ist, sondern sie hinzunehmen.

Nun komme ich zum Sozialpaket. Am kommenden Dienstag fällt die Entscheidung darüber, ob die Koalition hält. Wir haben zahlreiche Gespräche in der Fraktion darüber geführt, was wir mit dem Sozialpaket machen sollen. Ich habe den Eindruck, daß der Wille vorhanden ist, der Bundesregierung zu helfen, die Stabilität der Währung zu halten und das Sozialpaket zu verabschieden. Ich habe den Herren Mende und Dahlgrün gesagt, daß es unmöglich sei, wenn die FDP in solchen Fragen gegen uns stimme. Herr Mende hat erwidert, er selber könne nicht dafür, das seien seine Experten gewesen. Ich glaube nicht daran. Aber weil auch die FDP zum Siegen verurteilt ist, muß am Dienstag klargestellt werden, welchen Weg und welche Methode wir zur Verabschiedung des Sozialpakets einschlagen müssen.

Es gibt natürlich Variationen hin und her, aber ich halte es für möglich, daß wir es machen können. Da es aber keine Alternativen gibt, muß die CDU/CSU ihr ganzes Gewicht einsetzen. Die Fraktion ist auch dazu bereit, daß wir in diesen Wochen das Gesetz verabschieden. Das Sozialpaket darf nicht zerrissen werden, weil ich vom Baumarkt her gesehen die Bauarbeiter dringend brauche. Wir können keine Kranken- und Feiertage in der Form gebrauchen, wie wir sie mit der Fehllösung bei der Lohnfortzahlung getroffen haben. Wir brauchen die Leute dringend am Bau.

Wenn ich so hart hier spreche, dann deshalb, weil in den letzten Jahren viel vertan worden ist. Wie dem auch sei, jetzt müssen wir die Koalition halten. Wenn wir jetzt eine große Koalition SPD/CDU bekämen, würde die CDU bald untergehen. Darum mein Vorschlag: Wir sind zum Siegen verurteilt und müssen deshalb hart verhandeln.

Dufhues: Für ein Gremium wie den Bundesvorstand ist es von Interesse, einiges über die Meinungsumfragen zu erfahren. Im Wettbewerb mit der SPD haben wir Monate hinter uns, in denen wir um sechs und mehr Prozent im gesamten Stimmenanteil hinter der SPD zurücklagen. In den letzten Monaten haben wir aber wieder zunehmend aufgeholt. Zu Beginn des Monats Oktober haben wir gleichgezogen. Die letzte EMNID-Umfrage, die mit dem 17. Dezember 1963 abgeschlossen wurde, weist aus, daß bei einer Wahl 34 % der Stimmen auf die CDU, 33 % auf die SPD und 6 % auf die FDP fielen. Dabei ist bemerkenswert, daß ein verhältnismäßig hoher Anteil der Stimmen unsicher und unbestimmt ist. Ein hoher Anteil unklarer Stimmen ist aber jeweils ein Zeichen dafür, daß ein Prozeß der Umwandlung der Meinungen im Gange ist. Es kommt nun darauf an, diese Entwicklung durch eine überzeugende Politik zu fördern.

Ich weiß, daß Meinungsumfragen nur begrenzte Bedeutung haben. Ich weiß auch, daß zwischen EMNID und Allensbach gewisse Differenzen bestehen, aber insgesamt scheint mir doch der Trend wichtig zu sein, der sich aus den bisherigen Umfragen ergibt. Die FDP hat gegenüber dem Dezember 1962 8 % verloren. Mitte Dezember 1963 ist sie wieder bei 6 % angelangt. Das macht sie unsicher, und das führt zu Torheiten.

Adenauer: Dann kann ich in Ihrer aller Namen dem Herrn Bundeskanzler alles Gute wünschen für die Verhandlungen am nächsten Dienstag. Ich finde den Vorschlag des Kollegen Lücke sehr gut, jetzt nicht lediglich auf das Sozialpaket loszugehen, sondern – so habe ich ihn verstanden – zunächst einmal den Freien Demokraten klarzumachen, daß beide Parteien miteinander zu einer Koalition verurteilt sind, das heißt mit anderen Worten, wenn die Koalition auseinanderbricht, werden die Freien Demokraten die größeren Verluste haben und von der politischen Bühne mehr oder weniger verschwinden.

Ich empfehle Ihnen, bei den Verhandlungen am Dienstag nicht das Sozialpaket allein in den Vordergrund zu rücken, sondern darauf hinzuweisen, daß beide Parteien, die FDP wie wir, ein Interesse daran haben müssen, daß die Koalition bestehen bleibt. Nach meiner Meinung würden wir sogar, wenn jetzt eine Koalition zwischen den Sozialdemokraten und der FDP herauskäme, die Bundestagswahl im Jahre 1965 totensicher gewinnen; denn dann wäre die FDP erledigt.

Damit können wir zurückkehren zu der Berlin-Frage und zu den Vorschlägen, die uns für einen Beschluß gemacht werden.

Schröder: Der Entwurf, den ich vorschlage, lautet:

„Die Vorgänge bei der sogenannten Passierscheinregelung in Berlin wurden eingehend besprochen. Der CDU-Bundesvorstand billigt die Haltung der Bundesregierung. Er teilt ihre Auffassung, daß die Form der Regelung die äußerste Grenze des technischen Kontakts mit den Behörden der Sowjetzone darstellt. Das Ziel einer etwaigen künftigen Regelung muß die Freizügigkeit in ganz Berlin ohne jede Diskriminierung sein.“

Der Vorschlag von Herrn Amrehn unterscheidet sich von meinem praktisch nur in einem Satz. Er lautet:

„Die Vorgänge bei der sogenannten Passierscheinregelung in Berlin wurden eingehend besprochen; der CDU-Bundesvorstand hat dazu die Ansicht des Berliner Landesverbandes zur Kenntnis genommen. Der CDU-Bundesvorstand ist mit der Bundesregierung der Auffassung, daß die Regelung die äußerste Grenze dessen darstellt, was noch verantwortet werden konnte. Sie kann kein Modellfall für weitere Regelungen sein. Das Ziel künftiger Regelungen muß die Freizügigkeit in Berlin ohne jede Diskriminierung sein.“

Vielleicht erlauben Sie mir zu sagen, warum ich für die Fassung Nr. 1 bin. Ich bin deswegen dafür, weil hier von der Form der Regelung gesprochen und ausdrücklich gesagt wird „äußerste Grenze des technischen Kontaktes“. Wir haben ein großes Interesse daran, alles das, was geschehen ist – ohne Rücksicht darauf, daß es anders

interpretiert worden ist von der Gegenseite –, als nichts anderes als technischen Kontakt hinzustellen.

Wenn wir davon ausgehen, daß die Vorschläge vom 3. Januar möglicherweise in derselben Art unterschrieben würden, daß man also von einer Unterschrift auf Weisung des Regierenden Bürgermeister nur schwerlich herunterkäme, dann sollten wir uns nicht festlegen mit den Worten „kein Modellfall für weitere Regelungen“. Wenn wir sagen „äußerste Grenze des technischen Kontaktes“, läßt das nach meiner Meinung die Möglichkeit offen, die andere Sache, die in der Substanz besser ist, zu machen. Das ist der Unterschied zwischen den beiden Vorschlägen.

Amrehn: Der Herr Bundeskanzler hat heute gesagt: Das ist die äußerste Grenze dessen, was noch verantwortet werden kann. Der Herr Brandt hat in der Diskussion im Abgeordnetenhaus in Abrede gestellt, daß er das für einen Modellfall hält. Und dann hat er ausdrücklich abgestritten, er hätte es nicht gesagt.

Wir geben damit der Bundesregierung die Unterstützung, indem das zum Ausdruck gebracht wird. Es werden die Grenzen festgelegt und die Bremsen angezogen. Es ist im übrigen keine Erklärung der Bundesregierung, die ihre Verhandlungen weiterführen kann, sondern es ist nur eine Grenze, die der Bundesvorstand setzt. (*Schröder:* Das ist ein sehr harter Satz: Sie kann kein Modellfall für weitere Regelungen sein. – Warum sollen wir das in einer solchen Weise sagen, wenn wir es auch anders ausdrücken können?) Wenn wir sagen „sie ist nicht als Modellfall geeignet“, ist das schwächer? (*Schröder:* Ich würde nur sagen: Es ist die äußerste Grenze der Form eines technischen Kontaktes erreicht.) Das ist zu wenig!

Schröder: Wie ich alles weitere beurteile, bleibt mir dann frei. Warum soll ich mich binden, indem ich „Modellfall“ sage?

Adenauer: Ich finde die Ausführungen von Herrn Schröder richtig. Ich würde das Wort „Modellfall“ überhaupt nicht gebrauchen, sondern den ersten Vorschlag annehmen; das ist besser als „Modellfall“.

Erhard: Herr Amrehn! Sie haben sich mit Herrn Westrick über diese Frage unterhalten. Sie wissen, daß wir es nicht als Modellfall betrachten. Ich darf Ihnen sagen, daß wir heute für die Verhandlungen in Berlin zwischen Korber und Wendt folgenden Standpunkt der Bundesregierung durchgegeben haben:⁷⁶

„Daß die Frage der Erleichterung im Personenverkehr zwischen den beiden Teilen Berlins [für uns] eine rein humanitäre Angelegenheit sei.

Zu ihrer Regelung bedarf es unserer Ansicht nach überhaupt keiner besonderen Abmachung, keinesfalls aber einer solchen politischen Charakters. Dies gilt auch für den Verkehr von Ost- nach West-Berlin. Zur Erörterung technischer Detailfragen stehe ich Ihnen zur Verfügung.

⁷⁶ Vgl. AAPD 1964 S. 128 f.

Alle Fragen, die den innerdeutschen Verkehr und den innerdeutschen Handel betreffen, fallen in die Zuständigkeit der Treuhandstelle für Interzonenhandel. Um Mißdeutungen auszuschließen, möchte ich feststellen, daß ich meine Erklärung im Einvernehmen mit den für den Status für Berlin zuständigen Stellen abgebe.“

Danach ist also eine ganz klare Situation gegeben, und damit ist der Modellfall automatisch draußen.

Amrehn: Ich habe keine Bedenken, diesen Satz fallenzulassen. Nur würde mir die andere Formulierung vom Herrn Schröder mit dem technischen Kontakt zu eng erscheinen, weil es doch ins Politische gegangen ist, und wenn wir es jetzt so ändern, haben wir es eingeengt. Es bleibt verständlicher, wenn wir die Worte des Bundeskanzlers gebrauchen „es ist die äußerste Grenze“. Das wird draußen besser verstanden.

Schröder: Man wird versuchen, über den Deutschlandplan und dergleichen zu sprechen und wird darauf hinweisen, daß es technische Kommissionen geben könnte. (*Amrehn:* Wir können hinzusetzen, daß es auf alliierte Anordnung geschieht.) Wir können aber hier die kurze Stellungnahme nicht belasten mit der ganzen Problematik. Deshalb bin ich dafür, daß das herausbleiben soll. Natürlich sollen technische Kontakte nur zustande kommen können unter einer Oberhoheit, wenn auch diese Sache völlig ungebunden ist und bleibt; denn darauf legen die Alliierten größten Wert. Ich würde aber diese Sache unbedingt als einen technischen Kontakt bezeichnen. Wenn wir es anders charakterisieren, kommen wir in des Teufels Küche.

Adenauer: Herr Minister Schröder hat recht. (*Zuruf:* Brauchen wir denn überhaupt eine Entschließung? – *Lücke:* Lieschen Müller begreift diese Unterschiede doch nicht! Wem wollen Sie das klarmachen?)

Schröder: Das werden Sie dem Lieschen Müller nie klarmachen können. Das soll aber die politische Situation des Bundesvorstandes festlegen. Das kann für die nächsten Monate von großer Bedeutung sein. Warum sollen wir eine Sache weiter behandeln, als es in der Abwehr und Eingrenzung notwendig ist? (*Adenauer:* Herr Schröder hat recht, Herr Amrehn! – *Amrehn:* Im technischen Kontakt kann es keine äußerste Grenze geben!) Es ist gesagt, daß die Form der Regelung die äußerste Grenze ist. Man darf in der Form nicht weitergehen, als es hier geschehen ist. Was der technische Kontakt im einzelnen sein wird, das werden wir beschreiben müssen. Dabei denke ich nicht nur an Berlin, sondern auch an die gesamtdeutsche Konzeption.

Barzel: Wenn wir auch nicht das ganze Gebiet der deutschen Frage hervorkehren können, so tun wir als Partei doch sehr gut daran, bei dieser Sache nicht nur von der Freizügigkeit Berlins zu sprechen. Es ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Menschen an der Zonengrenze sind wütend, daß wir immer nur von Berlin sprechen und nicht von ihnen. Deshalb würde ich empfehlen, folgendes hinzuzufügen: „Die CDU hält an ihrer bisherigen Deutschlandpolitik fest.“ Das mit dem Modellfall halte ich nicht für gut.

Adenauer: Das sollte man machen!

Schröder: Der Gedanke von Herrn Barzel ist richtig. Hier sitzen wir in der Auseinandersetzung. In Berlin laufen die weiteren Besprechungen. Dort wird morgen oder übermorgen über dieses Thema gesprochen. Und dazu nehmen wir Stellung. Wir sind weiß Gott für Freizügigkeit in ganz Deutschland. Aber da müssen wir ein längeres Kapitel machen, in dem die Deutschlandpolitik beschrieben wird. (*Amrehn:* So bekommen Sie es zu Leopold zurück, indem Sie die Frage hineinnehmen.)

Barzel: Ich darf folgendes vorschlagen:

„Die Vorgänge bei der sogenannten Passierscheinregelung in Berlin wurden eingehend besprochen. Der CDU-Bundesvorstand hat dazu die Ansicht des Berliner Landesverbandes zur Kenntnis genommen.

Der CDU-Bundesvorstand ist mit der Bundesregierung der Auffassung, daß die Form der Regelung die äußerste Grenze des technischen Kontaktes zwischen der Sowjetzone und uns darstellt. Das Ziel künftiger Regelungen muß die Freizügigkeit sein. Die CDU hält an ihrer bisherigen Deutschlandpolitik fest.“

Damit haben wir alles gesagt. (*Schröder:* Das ist aber nicht zwingend logisch! – *Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Wir sollten einen Gedankenstrich dazwischen machen. Damit sind Sie einverstanden? (*Amrehn:* Einverstanden!) Dann können wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergehen.

BUNDESPARTEITAG IN HANNOVER VOM 14. BIS 17. MÄRZ 1964

Dufhues: Der nächste Bundesparteitag soll vom 14. bis 17. März in Hannover stattfinden. Er umfaßt die Tage vom Samstag bis zum Dienstag. Diese Tage haben wir gewählt, um vielen Delegierten, die nur vorübergehend ihrer Tätigkeit fernbleiben können, die Möglichkeit zu geben, am Parteitag teilzunehmen. Ich darf zugleich erwähnen, daß wir, wenn wir den Parteitag am Dienstag abschließen, eine stärkere Resonanz in der Presse haben, als z. B. am Wochenende.

Es ist nicht der letzte Parteitag vor den Bundestagswahlen. Es besteht die Absicht, im Frühjahr des nächsten Jahres einen weiteren Bundesparteitag abzuhalten.

Nun zu der Gliederung und Thematik dieses Bundesparteitages! Es ist vorgesehen, daß vor dem Plenum des Bundesparteitages der Herr Bundesvorsitzende Dr. Adenauer und der Herr Bundeskanzler Dr. Erhard sprechen werden, wobei Herr Dr. Adenauer insbesondere zur Situation der Christlich-Demokratischen Union, über ihre Ziele und ihre Aufgaben, sprechen wird. Außerdem werden vor dem Plenum des Bundesparteitages Berichte erstattet werden, und zwar einmal der Bericht des amtierenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU. Ich nehme an, daß Herr von Brentano bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Lage sein wird, so daß wir damit rechnen, daß Herr Barzel diesen Bericht geben wird. Außerdem werde ich selbst den Rechenschaftsbericht für die Partei erstatten.

Der Bericht des Bundesvorsitzenden und mein Bericht sind für Sonntag vormittag vorgesehen. Am Nachmittag findet eine ausführliche Plenardebatte statt. Der Montag beginnt zunächst mit dem Rechenschaftsbericht der Bundestagsfraktion. Im Anschluß daran haben wir den großen politischen Vortrag von Bundeskanzler Professor Dr. Erhard. Dann schließt sich eine Plenardebatte bis zum Mittag an.

Wir legen Wert darauf, daß insbesondere die Darlegungen von Bundeskanzler Erhard in aller Ausführlichkeit vor dem Plenum diskutiert werden. Am Nachmittag des Montags zieht sich der Parteitag in fünf Arbeitskreise zurück, und zwar sind es Arbeitskreise, die in aller Öffentlichkeit stattfinden werden, so daß wir – wie auf dem Parteitag in Dortmund gerade im Hinblick auf die dort gesammelten sehr positiven Erfahrungen – auch die Presse zu den Beratungen der Arbeitskreise zulassen möchten.

Bisher sind folgende Arbeitskreise vorgesehen: Arbeitskreis I: Grundsatzfragen einschließlich Fragen der Parteiarbeit, Arbeitskreis II: Außen- und Sicherheitspolitik, Arbeitskreis III: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Arbeitskreis IV: Kulturpolitik, Arbeitskreis V: Agrarpolitik. Der Agrarausschuß der Bundespartei befaßt sich bereits seit einem Jahr mit dem Entwurf eines agrarpolitischen Programms. Nach Auskünften, die ich erhalten habe, werden diese Vorarbeiten voraussichtlich Ende dieses Monats auf einer großen Tagung des Bundesausschusses für Agrarpolitik abgeschlossen werden, so daß die Voraussetzungen gegeben sind, auf dem Bundesparteitag in Hannover, also in einer Umgebung, die sehr stark von der Landwirtschaft beeinflußt ist, dieses Programm mitzuteilen und sehr eingehend zu diskutieren.

Am Dienstag des Bundesparteitages werden wir dann im Plenum die Berichte der Arbeitskreise entgegennehmen. Wir werden dann die nach der Satzung durchzuführenden Wahlen vornehmen. Schließlich wird der 1. Vorsitzende den Schlußvortrag halten.

Für diesen Parteitag muß naturgemäß ein Klima geschaffen werden, das in der unmittelbaren Umgebung von Hannover, aber auch in der breiten Öffentlichkeit eine möglichst starke Resonanz hervorrufen wird. Gerade Hannover hat ein solches Klima dringend notwendig; denn daß die Hannoveraner von Natur aus zur CDU neigen, kann man ihnen nicht nachsagen. Herr Fricke, ich hoffe, daß wir eine gute Aufnahme in Hannover finden werden. (*Fricke*: Sie sprechen von der Stadt Hannover!) In der Stadt findet der Bundesparteitag statt.

Deshalb sind verschiedene Veranstaltungen vorgesehen, die die Arbeit des Bundesparteitages im engeren Sinne ergänzen sollen. Zunächst hat das Präsidium dem Vorschlag zugestimmt, daß ein Forumsgespräch stattfinden soll, etwa unter dem Titel „Die CDU und die Intelligenz“. Wir haben überlegt, daß die Leitung dieses Forums Herrn Gerstenmaier anvertraut werden soll. Ich bin sicher, daß nicht nur die Angehörigen der Gruppe 47⁷⁷ erscheinen, sondern daß auch die wirklichen Vertreter des deutschen

77 1947 gegründeter literarisch-publizistischer Kreis. Vgl. Hans Werner RICHTER (Hg.): *Almanach der Gruppe 47 1947–1962*. Reinbek bei Hamburg 1962.

Geistesleben zu einer Aussprache kommen werden, die nach meiner Erfahrung in hohem Maße das Interesse der deutschen Presse und der deutschen Öffentlichkeit finden wird. (*Adenauer*: Wollen Sie den Titel noch einmal wiederholen!) „Die CDU und die deutsche Intelligenz“. (*Adenauer*: Was heißt, die deutsche Intelligenz?) Das weiß ich auch nicht. (*Heiterkeit*.) Das ist nur ein Arbeitstitel. Wir überlegen noch. (*Gurk*: Die CDU und die deutschen Geistesarbeiter!) Dagegen würde ich große Bedenken haben. Wir wollen uns in diesem Forum auseinandersetzen mit den Kräften der deutschen Intelligenz, die es immer noch nicht erfahren haben, was es bedeutet, einen Staat aufzubauen, und daß sie Verantwortung zu tragen und mitzuarbeiten haben. Das sollte in etwa das Thema dieses Forums sein.

Um ein Klima für den Bundesparteitag zu schaffen, ist vorgesehen, daß eine umfassende Plakatierung für die Dauer von zehn Tagen vor dem Parteitag in Hannover und Umgebung durchgeführt wird. Wir haben auch überlegt, daß in allen Zeitungen in Hannover und Umgebung Inserate aufgegeben werden.

Wir überlegen noch – das ist noch nicht abschließend erörtert worden –, ob wir auch ein Jugendforum stattfinden lassen.

Schließlich ist vorgesehen, eine große Ausstellung etwa unter dem Titel „Stationen deutscher Geschichte“ durchzuführen, und zwar mit großen überzeugenden Aufnahmen aus der Geschichte Deutschlands seit 1945, wobei in besonderer Weise bis in die jüngste Zeit hinein die Leistungen der Christlich-Demokratischen Union und ihrer führenden Persönlichkeiten dargestellt werden sollen.

Diese Ausstellung wird einen Kostenaufwand von etwa DM 200.000,- bis DM 250.000,- erfordern. Das hat uns zunächst bedenklich gemacht. Wir haben aber in den einzelnen Landesverbänden ausgezeichnete Erfahrung gemacht mit der Durchführung derartiger Ausstellungen. Ich habe festgestellt, daß auf reinen Wirtschaftsmessen die Einrichtung eines solchen CDU-Standes einen großen Zulauf gefunden hat, weil die Besucher der Messe sich dort entspannen und gleichzeitig auch Anregungen sammeln können. Deshalb wäre diese Ausstellung geeignet, den einzelnen Landesverbänden für ähnliche Veranstaltungen und Messen zur Verfügung zu stehen. Ich glaube, daß wir damit ein wirksames Werbemittel für die CDU geschaffen haben.

Ich habe Ihnen das Ergebnis der mehrfachen Beratungen des Präsidiums mitgeteilt. Dieser Bericht wäre noch in Einzelheiten hinsichtlich der Personen, die in den Arbeitskreisen sind, zu ergänzen. Ich möchte ihn aber nicht allzuweit ausdehnen, sondern Sie bitten, gewisse Überlegungen noch dem Präsidium vorzubehalten hinsichtlich der Ausführung und Durchführung des Parteitages im einzelnen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie von diesen Vorschlägen zustimmend Kenntnis nähmen und somit das Präsidium ermächtigten, die Einzelheiten des Bundesparteitages vorzubereiten und zu beschließen.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht?

Süsterhenn: Alles das, was vorgesehen ist, ist außerordentlich interessant und sehr wertvoll. Ich finde nur, das in Aussicht genomme Programm ist zu massiert.

Es sind zu viel wichtige Dinge, die da auf drei Tage zusammengedrängt werden, von denen zwei Tage – weil keine Zeitungen zum Wochenende erscheinen – für die Presseberichterstattung völlig ausfallen. (*Widerspruch.*) Ich möchte einmal die Zeitung in Deutschland sehen – selbst wenn sie wohlwollend ist –, die in der Lage wäre, gleichzeitig das Intelligenzforum, das neue Agrarprogramm, die große politische Rede des Bundeskanzlers und alle die anderen Sachen zu behandeln.

Wir produzieren etwas Gutes, was wir aber bei dieser Konzentration in einem kurzen Zeitraum zum Wochenende einfach nicht unter die Leute bringen können. Das ist mein Bedenken.

Kraske: Ich glaube, daß Herr Dr. Süsterhenn den zeitlichen Ablauf nicht richtig sieht. Wir beginnen mit dem Parteitag praktisch am Sonntag nachmittag. Vormittags ist die Eröffnung. Nachmittags ist die erste Diskussion; das heißt für die Montagspresse. Die Montagspresse ist zwar durch den Sport in gewisser Weise eingeschränkt, aber für wichtige politische Ereignisse ist auf den ersten beiden Seiten so viel Platz, daß noch gut darüber berichtet werden kann.

Wir haben für die Montagspresse die Eröffnung durch den Herrn Bundeskanzler und das Referat von Herrn Dufhues. Wir haben für die Dienstagspresse das Referat von Herrn Bundeskanzler Erhard und die Diskussion. Und wir haben für die Mittwochspresse die Entschließungen. Ich glaube, daß das pressemäßig durchaus hin kommt.

Da es viele Themen sind, ist natürlich eine Schwierigkeit vorhanden, aber einmal glaube ich, sind nicht mehr Themen vorgesehen, als wir auch sonst auf Parteitagen behandelt haben. Zweitens würde nach meiner Meinung die Zurückstellung eines Themas in der Presse und bei unseren Freunden viel eher die Frage auslösen, wie kann in dieser Zeit ein Bundesparteitag der CDU stattfinden, ohne sich mit der Agrarpolitik, der Außenpolitik, den Fragen der Partei usw. zu befassen.

Adenauer: Sind Ihre Bedenken beseitigt?

Süsterhenn: Ich wollte nur auf die möglichen Bedenken aufmerksam gemacht haben. Wenn die Herren sich das überlegt haben, wie sie es technisch unter die Leute bringen können, bin ich einverstanden.

Adenauer: Man kann vielleicht auch dadurch Zeit gewinnen, daß man Redezeiten festlegt. Beim Konzil⁷⁸ beträgt die Redezeit zehn Minuten für jeden. Und es darf nur Latein gesprochen werden. Das machen wir nicht. Nach acht Minuten bekommt jeder Redner dort ein nur für ihn sichtbares Zeichen: Du hast jetzt nur noch zwei Minuten Zeit. Das hat sich großartig bewährt. Ich bin nicht dafür, daß wir alle Reden auf zehn Minuten begrenzen, aber vielleicht doch etwas. Auch die Presse wird dafür dankbar sein.

Kraske: Ich bin im vorigen Jahr auf einem englischen Parteitag gewesen. Da gibt es auch diese Lichtzeichen wie auf dem Konzil, aber so, daß sie nicht nur der Redner, sondern auch die Zuhörer sehen. Das hat eine sehr gute Wirkung, weil die Zuhörer auf

78 Zweites Vatikanisches Konzil vom 11. Oktober 1962 bis 8. Dezember 1965.

die Einhaltung der Zeit sehen. Die Reden sind dort sehr kurz gewesen. (*Zuruf*: Was jetzt vorgesehen ist im Arbeitskreis Kulturpolitik, ist auch wichtig für den nächsten kulturpolitischen Kongreß. Es wird vorgeschlagen, diesen Kongreß unter das Thema „Kunst und Gesellschaft“ zu stellen.⁷⁹)

Dufhues: Können Sie uns Ihren Vorschlag schriftlich geben? (*Zuruf*: Ja!)

Adenauer: Frau Dr. Schwarzhaupt hat mir dieser Tage erzählt, Elternbeiräte verschiedener Schulen hätten beantragt, daß Rauchzimmer in den Schulen eingerichtet werden. (*Zurufe*: Hört, hört! – *Bewegung und Unruhe*.) Abiturientinnen von Schulen hätten beantragt, daß ihnen während des Aufsatzes, den sie zu schreiben haben, gestattet wird, einige Zigaretten zu rauchen, weil sie sonst nicht durchkämen. (*Unruhe und Bewegung*. – *Hellwig*: Das sind die Kulturschaffenden! – *Heiterkeit*.) So weit ist es schon gediehen!

Meine Damen und Herren! Ich darf feststellen, daß Sie mit dem gemachten Vorschlag einverstanden sind.

Dann kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

GRÜNDUNG DES WIRTSCHAFTSRATES DER CDU

Dufhues: Sie haben in allen Landesverbänden von der Einrichtung des Wirtschaftsrates gehört und auch die Resonanz in der Öffentlichkeit festgestellt. Nun hat mich unser Parteifreund Katzer gebeten, diese Frage im Bundesvorstand zur Sprache zu bringen. Er mußte aber leider heute früher als erwartet wieder weggehen. Deshalb hat er mich gebeten, auf diese Frage in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes noch einmal zurückzukommen.

Sollen wir nun diese Frage zurückstellen? (*Zurufe*: Ja! – *Hellwig*: Zurückstellen! – *Dichtel*: Bitte zurückstellen, weil auch Herr Scheufelen nicht da ist.) Ich bin einverstanden. Auch ich halte es für richtig, daß die Herren Katzer und Scheufelen an dieser Diskussion teilnehmen.

Adenauer: Wir kommen zum Punkt Verschiedenes.

VERSCHIEDENES

Dufhues: Nach dem Statut der CDU ist jeweils die Wahl des Vorsitzenden von Fachausschüssen der Bundespartei durch den Bundesvorstand zu genehmigen. Gestern ist der Ausschuß für Verteidigungspolitik ins Leben gerufen worden. Wir haben uns mit den Problemen der Verteidigung schon in der Vergangenheit – insbesondere im Arbeitskreis für Außen- und Sicherheitspolitik in der Bundestagsfraktion – befaßt. Wir haben in einzelnen Landesverbänden bereits entsprechende Ausschüsse.

⁷⁹ 3. Kulturpolitischer Kongreß am 9. und 10. November 1964 in Hamburg. Druck in CDU (Hg.): Bildung in der modernen Welt. Bonn 1965.

Es hat sich als dringend notwendig erwiesen, daß die Bundespartei eine sehr viel größere Aktivität auf diesem Gebiet entfalten muß. Mir scheint es notwendig zu sein, daß sich der Fachausschuß nicht nur mit den Problemen der Verteidigung und der Sicherheitspolitik zu befassen hat, sondern daß er vor allem eine Aufgabe hinsichtlich der Wehrpolitik übernehmen sollte, der sich die Sozialdemokratie mit größerer Intensität als die CDU angenommen hat, und zwar wäre es gut, wenn wir als Partei einen besseren Kontakt herstellten zu den Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren der Bundeswehr.

Deshalb ist die Gründung dieses Ausschusses allgemein begrüßt worden. Ich darf im übrigen feststellen, daß der Andrang zur Mitgliedschaft in diesem Ausschuß ungewöhnlich groß war. (*Schröder*: Aber nicht, um die Kasernen zu besuchen!) Ich bin sicher, daß es der Grund war. Vielleicht kann zu einem späteren Zeitpunkt der Vorsitzende des Ausschusses dem Bundesvorstand über seine Tätigkeit berichten. Zum Vorsitzenden wurden gewählt Herr Dr. Kliesing und zu stellvertretenden Vorsitzenden die Herren Nebinger⁸⁰ und Starke⁸¹. Wir haben die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden nicht zuletzt unter regionalen Gesichtspunkten vorgenommen, um Nord- und Süddeutschland in gleicher Weise zu berücksichtigen. Ich bitte Sie, diese vom Bundesausschuß für Verteidigungspolitik gestern getroffene Wahl zu genehmigen. (*Beifall.*)

Ein zweiter Punkt, den ich stellvertretend für Herrn Dr. Burgbacher vortrage, der verhindert ist, an den Beratungen des Bundesvorstandes bis zum Schluß teilzunehmen! Nach unserer Finanzordnung hat der Bundesschatzmeister grundsätzlich auf der ersten Sitzung des Bundesvorstandes im neuen Jahr den Etat der Bundespartei vorzulegen. Er wäre also gehalten gewesen, dieser Aufgabe heute nachzukommen.

Auf der anderen Seite fehlen aber noch wichtige Daten für die Aufstellung des Haushaltsplans, insbesondere präzise Grundlagen für die Einnahmeseite dieses Etats. Dazu gehören auch die Fragen der Bereitstellung öffentlicher Mittel sowie die Vorstellungen für die richtige Kalkulation der voraussichtlichen Spendeneinnahmen. Alle diese Voraussetzungen sind noch nicht gegeben, so daß ich vorschlage, diese Frage bis zur nächsten Sitzung des Bundesvorstandes zu vertagen.

Ich möchte allerdings die herzliche Bitte verbinden, daß sich unsere Freunde der Bundestagsfraktion der besonders schwierigen finanziellen Situation der Christlich-Demokratischen Union – ich möchte annehmen, daß das, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, auch für die CSU gilt – bewußt sein mögen. Sie wissen, daß wir seit dem Jahre 1961 in verhältnismäßig schwierigen finanziellen Verhältnissen leben. Wir haben nicht nur keine Spenden und Zuwendungen von den Fördervereinen erhalten, sondern wir haben sogar 1,3 Millionen zurückzahlen müssen. Das hat sich leider so ausgewirkt, daß wir die Landesverbände nicht in dem Maße unterstützen konnten,

80 In der Vorlage: Kebinger. – Dr. Rolf Nebinger (geb. 1917), 1956–1960 MdL BW (CDU).

81 Volker Starke (geb. 1920), 1966–1978 MdHB (CDU), seit 1972 Vorsitzender des VdK Landesverbands Hamburg.

wie das wünschenswert gewesen wäre. Deshalb die Bitte, darauf hinzuwirken, daß das Parteiengesetz mit der Regelung der steuerlichen Probleme und der Spenden möglichst bald im Kabinett beraten wird. Ich wäre dankbar, wenn die anwesenden Mitglieder des Kabinetts die Sache aufgegriffen und bei der Verabschiedung des Haushaltsplans die Bundestagsfraktion das nachholte, was leider bei der Einbringung des Haushaltsplans nicht in ausreichendem Maße geschehen ist, nämlich zu erreichen, daß die Mittel für die Parteien von 20 auf 40 Millionen erhöht werden. Wenn wir das erreichen, würden wir in etwa die Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Wahlkampf im Jahre 1965 ausreichend finanziert werden könnte.

Es besteht die Absicht, noch eine Sitzung des Bundesvorstandes vor dem Bundesparteitag durchzuführen, und zwar Ende Februar. Außerdem tritt am 25. Januar der Bundesparteiausschuß zusammen.⁸²

Adenauer: Darf ich ein Wort sagen zu dem Finanzbericht! Der Herr Burgbacher könnte die Zahlen, wenn er hier wäre, genau angeben. Ich habe sie nicht genau behalten. Aber wenn das alles so kommt, wie wir es annehmen, das heißt, wenn wir aus den öffentlichen Mitteln den entsprechenden Anteil bekommen und aus den Spenden das erhalten, was wir erstreben, dann bleibt die Sozialdemokratische Partei immer noch mit weit über zehn Millionen Einnahmen über uns, die sie aus dem Ersatz, den sie bekommen hat infolge des Nationalsozialismus, erhalten hat. Sie wissen, daß sie einen sehr großen Ersatz bekommen hat. Wir haben wegen des Nationalsozialismus nichts bekommen, weil wir damals noch nicht da waren. Aber wenn das alles so kommt, dann bleibt eine starke finanzielle Überlegenheit der Sozialdemokraten gegenüber uns.

Dufhues: Nach meinen Informationen verfügt die Sozialdemokratie zur Bestreitung ihrer laufenden Ausgaben über rund 16 Millionen DM im Jahr, während wir dafür rund 3,4 Millionen DM zur Verfügung haben. Wie man diesen Wettbewerb in der modernen Zeit bestehen soll, bleibt das Geheimnis derer, die meinen, daß man auch ohne finanzielle Mittel eine Partei organisieren und auch die notwendige Öffentlichkeitsarbeit betreiben könne.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich unsere heutige Sitzung und danke Ihnen allen herzlich nicht nur für Ihr Erscheinen, sondern auch für Ihr Ausharren.

⁸² Vgl. Nr. 12 Anm. 44.